

UNI-REPORT

6. Mai 1976

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 9 / Nr. 6

Kapazitätsberechnung

Noch weniger Lehrerstudenten

Die Ständigen Ausschüsse I (Lehr- und Studienangelegenheiten) und III (Haushalt) ermitteln zur Zeit wiederum die Studienkapazitäten der Universität Frankfurt, um in einem Bericht an den hessischen Kultusminister Aufnahmehöchstzahlen für das Wintersemester 1976/77 vorzuschlagen. Die Kapazitätsermittlung geschieht gemäß der neuen Kapazitätsverordnung (KapVo), die am 1. 1. 1976 in Kraft trat und in einem „Vorlauf“ erstmals für das kommende Wintersemester angewandt werden soll.

Wie beim „Probelauf“ der alten KapVo muß die Universität bei ihrer Kapazitätsberechnung eine Reihe von Faktoren, Richtwerten und Verfahrensrichtlinien berücksichtigen, die vom Kultusminister als „Vorgaben“ gesetzt worden sind. Solche Vorgaben sind teilweise erforderlich, teilweise zulässig. Allerdings hat der Kultusminister für die derzeitige Berechnung nach Ansicht der Ausschüsse und des Präsidenten mit einer Vorgabe eindeutig seine Kompetenz überschritten: Er hat in einem Erlaß vom 24. März 1976 die absoluten Jahresaufnahmequoten für die Lehramtsstudiengänge vorab festgelegt, und

haben in ihrer Sitzung am 29. April dieses Verfahren des Kultusministers in dem folgenden einstimmig gefaßten Beschluß scharf kritisiert:

„Das vom hessischen Kultusminister praktizierte Verfahren der Festsetzung von absoluten Zahlen für die Lehramtsstudiengänge entspricht nicht dem Wortlaut der Kapazitätsverordnung, die nur die Vorgabe von Anteilsquoten vorsieht.

Dieses vom HKM vorgenommene nochmalige Halbierung der Studentenzahlen für die Lehramter für Grund-, Haupt- und Realschulen wurde ohne jede inhaltliche Begründung den Universitäts-gremien mitgeteilt. Sie stellt eine massive bildungspolitische Steuerung der Ausbildungskapazitäten dar, und es erhebt sich zunehmend die Frage, ob eine derartige Steuerung mit dem Inhalt des entsprechenden Bundesverfassungsurteils zu vereinbaren ist.

Die Ständigen Ausschüsse I und III protestieren in aller Schärfe gegen ein solches Vorgehen. Sie sind nur bereit, sich am jetzigen Ermittlungsverfahren zu beteiligen, um eine Verzögerung der Höchstzahlenfestsetzung im Interesse der künftigen Studierenden zu vermeiden. Sie sind in Zukunft nicht mehr bereit, sich einem solchen formal fehlerhaften und inhaltlich nicht begründeten Verfahren zu unterwerfen.“

Die nächste Ausgabe von UNI-REPORT

erscheint am 20. Mai 1976. Redaktionsschluß ist der 14. Mai, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

zwar in der Weise, daß sie drastisch reduziert werden (s. Tabelle auf Seite 3). Das bedeutet, daß sich die Aufnahmequoten für die Magister- bzw. Diplomstudiengänge erhöhen werden, da die Ausbildungskapazitäten nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausgelastet werden müssen.

Nach der KapVo hat der Kultusminister zwar das Recht, „Anteilsquoten“ festzulegen. Er kann — dies als konstruiertes Beispiel — vorab bestimmen, daß die Ausbildungskapazität der Lehreinheit Mathematik aufgeteilt wird in 20 Prozent für den Studiengang Mathematik mit Abschluß Lehramt an Grundschulen, 20 Prozent für den Studiengang Mathematik mit dem Abschluß Lehramt an Haupt- und Realschulen, 10 Prozent für den Studiengang Mathematik mit dem Abschluß Lehramt an Gymnasien und 50 Prozent für den Studiengang Mathematik mit dem Abschluß Diplom. Die KapVo sieht jedoch nicht vor, daß der Kultusminister eine absolute Aufnahmezahl für einen oder mehrere einer Lehreinheit zugeordneten Studiengänge vorab festlegt. Die Ständigen Ausschüsse I und III

Wahlen am 19. und 20. Mai

Am 19. und 20. Mai wählen die Bediensteten der Universität Frankfurt den Personalrat/Kerngebiet und den Personalrat am Klinikum sowie den Hauptpersonalrat beim Hessischen Kultusministerium.

Der Personalrat/Kerngebiet setzt sich zusammen aus 2 Vertretern der Beamten, 4 Vertretern der Angestellten, 3 Vertretern der Arbeiter und 7 Vertretern der Wissenschaftlichen Bediensteten. Außerdem wählen im Kerngebiet die Auszubildenden unter 18 Jahren einen Jugendvertreter.

Der Personalrat beim Klinikum setzt sich zusammen aus einem Vertreter der Beamten, 3 Vertretern der Wissenschaftlichen Bediensteten, 9 Vertretern der Angestellten und 5 Vertretern der Arbeiter.

Der Hauptpersonalrat beim Hessischen Kultusminister besteht aus 1 Vertreter der Beamten, 13 Vertretern der Angestellten, 6 Vertretern der Arbeiter, 4 Vertretern der Wissenschaftlichen Bediensteten und 1 Vertreter der künstlerisch tätigen Bediensteten.

Die Mitglieder der Personalräte werden in getrennten Wahlgängen gewählt. Jeder Wahlberechtigte kann nur Kandidaten seiner Gruppe wählen (Gruppenwahl). Einzelheiten sowie Ort und Zeit der Stimmabgabe können den ausgehängten Wahlausschreiben entnommen werden.

Die Amtszeit der Personalräte beträgt drei Jahre. Nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz hat der Personalrat folgende allgemeine Aufgaben: Maßnahmen zu beantragen, die der Dienststelle und ihren Angehörigen dienen; darüber zu wachen, daß die zugunsten der Bediensteten geltenden Gesetze, Ver-

ordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt werden; Beschwerden von Bediensteten entgegenzunehmen und, falls sie berechtigt erscheinen, durch Verhandlungen mit dem Leiter der Dienststelle auf ihre Abstellung hinzuwirken; die Eingliederung schwerbeschädigter und sonstiger schutzbedürftiger Personen in die Dienststelle zu fördern; die Arbeit der Jugendvertretung zu fördern (§ 57).

Der Personalrat ist zu informieren und beratend einzuschalten, wenn die Dienststelle Verwaltungsanordnungen für die innerdienstlichen, sozialen, personellen und organisatorischen Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches erlassen will (§ 57a).

Weitreichende Mitbestimmungsbefugnisse hat der Personalrat in sozialen Angelegenheiten (§ 64) sowie in organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten (§ 65).

Die Mitglieder der kandidierenden Listen für den Personalrat/Kerngebiet und den Personalrat Klinikum sowie deren programmatische Vorstellungen sind auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe des Uni-Report abgedruckt. Soweit der Redaktion mitgeteilt wurde, kandidieren für den Hauptpersonalrat aus dem Bereich der Universität Frankfurt Friedrich Karl Kessler (Fachbereich Humanmedizin) und Hilde Schmidt (Präsidialabteilung) auf Platz 1 und 2 der Liste DAG, Gruppe Angestellte, sowie Klaus Gülich (Präsidialabteilung) auf Platz 1 der Liste GEW, Gruppe Angestellte. Eine Aufstellung aller für den Hauptpersonalrat kandidierenden Listen wird in diesen Tagen vom Hauptwahlvorstand beim Hessischen Kultusminister bekanntgeben.

Einsprüche abgewiesen

Gegen den einstimmig gefaßten Beschluß des Wahlvorstandes, der Universität Frankfurt (Kerngebiet) wonach die studentischen Hilfskräfte und Tutoren bei den Personalratswahlen in der Gruppe der wissenschaftlichen Bediensteten wahlberechtigt sind, hatten einige Bedienstete Einspruch erhoben. Der Wahlvorstand hat nach Prüfung der Einsprüche keinen Anlaß gesehen, von seinem Beschluß abzuweichen. Der Wahlvorstand begründet die Wahlberechtigung der studentischen Hilfskräfte und

Tutoren mit folgenden Argumenten:

Gemäß ihren Arbeitsverträgen sind diese Personen Bedienstete des Landes Hessen. Sie werden als Angestellte eingestellt, weil sie Tätigkeiten erbringen, die nach dem Angestelltenversicherungsgesetz sozialversicherungspflichtig sind. Dabei kommt es nicht darauf an, ob tatsächlich Sozialversicherungspflicht besteht oder ob diese aus persönlichen Gründen (z. B. Studenteneigenschaft) entfällt. Nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz spielen Merkmale wie Vertragsdauer, Arbeitszeitregelung, Beschäftigungszeit u. a. keine Rolle. Darüber hinaus zeigt auch der Erlaß des hessischen Kultusministers, wonach auch für die studentischen Hilfskräfte und Tutoren vor ihrer Einstellung eine Auskunft beim Landesamt für Verfassungsschutz einzuholen ist, deutlich, daß diese Personen zu den Bediensteten des Landes Hessen zählen.

Steht aber fest, daß jemand Bediensteter ist, so steht damit zugleich sein Wahlrecht fest, es sei denn, das Gesetz enthält ausdrückliche Ausnahmeregelungen, die es jedoch für die genannten Personen nicht gibt. Die Zuordnung der studentischen Hilfskräfte und Tutoren zur Sondergruppe der wissenschaftlichen Bediensteten (nicht zur Gruppe der Verwaltungsangestellten) begründet der Wahlvorstand u. a. damit, daß sie nach ihrer Funktion im Bereich von Lehre und Forschung tätig sind.

Die Behauptung, daß durch diese Zuordnung die Homogenität und Interessenidentität der Gruppe der wissenschaftlichen Bediensteten beeinträchtigt werde, ist nach Ansicht des Wahlvorstandes unzutreffend. Gerade ihre befristete Beschäftigung und der gleichzeitige Ausbildungs- und Fortbildungscharakter der Arbeitsverhältnisse lasse diese Zuordnung sachlich geboten erscheinen.

Schließlich weist der Vorstand den Einwand der „Überparität“ „oder Doppelvertretung“ bei den studentischen Hilfskräften und Tutoren zurück. Beiläufig weist er darauf hin, daß auch der Präsident und der Kanzler in der Gruppe der Beamten für den Personalrat wahlberechtigt sind.

Medium-Broschüre

Im Rahmen der „Bestandsaufnahme audiovisueller Beratungsmethoden für die Studienberatung“ des Kooperationsstudienberatung hat die Arbeitsstelle Fernstudium und Weiterbildung des Didaktischen Zentrums eine Informationsschrift über „Technik und Einsatzmöglichkeiten von AV-Medien in der Studienberatung“ herausgegeben und an die meisten Hochschulen in der Bundesrepublik versandt.

Interessenten können diese sechsseitige Broschüre im Didaktischen Zentrum, Arbeitsstelle Fernstudium und Weiterbildung, Turm, 2. Stock, Raum 239 abholen.

In der Pressestelle der Universität, Juridicum, Raum 1054, sind folgende Publikationen kostenlos zu erhalten:

- Hochschulrahmengesetz (HRG)
- Hessisches Universitätsgesetz (HUG)
- Hessisches Hochschulgesetz (HHG)
- Allgemeine Vorschriften für Studierende in Hessen
- Satzung der Studentenschaft der Universität Frankfurt
(im Wege der Rechtsaufsicht am 10. November 1972 erlassen)
- Personalverzeichnis 1976
(solange der Vorrat reicht)

Außerdem können in der Pressestelle eingesehen werden:

- Zeitungsausschnitte über Hochschulangelegenheiten
- Zeitungen anderer Hochschulen
- Publikationen von Ministerien, wissenschaftlichen Institutionen, Stiftungen usw.

Veranstaltungen

Donnerstag, 6. Mai

Jean Dubois,
Paris/Nanterre:
**Comment s'initier
à la linguistique**
16 Uhr, Hörsaal H 11
Veranstalter: Prof. Dr.
Brigitte Schlieben-Lange,
Romanisches Seminar

Freitag, 7. Mai

Harald Mielsch, Rom:
**Die Vatikan-Nekropole
und die spätromische Malerei**
17.15 Uhr, Archäologisches
Institut, Raum 801, Gräfstr. 76
Veranstaltung im Rahmen des
Kolloquiums „Neue Funde und
Forschungen“

Isaak Namioka,
Warwick:
**Fixed point theorems for semi-
groups of linear transforma-
tions — a survey**
17.30 Uhr, Mathematisches Se-
minar, Kolloquiumsraum 711,
Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten
der Mathematik

Sonntag, 9. Mai

Konzerte an der Universität:
Dornbusch-Quartett
Alban Berg: Streichquartett
op 3
Franz Schubert: Streichquartett
d-moll, op. posth. „Der Tod und
das Mädchen“
17 Uhr, Aula der Universität
Frankfurt, Mertonstraße
Veranstalter: Junge Kantorei/
Studentenchor der Universität
Frankfurt/ASTA

Montag, 10. Mai

Karl Ruppert, München:
**Standort und Gliederung der
Geographie des Freizeit-
verhaltens**
11.15 Uhr, Hörsaal H 1
Veranstalter:
Fachbereich Geographie
Wolf-Dieter Stöhrer,
Frankfurt:
**Antrittsvorlesung:
Korrelationsdiagramme nach
Salem — ein Beitrag zum Ver-
ständnis photochemischer
Reaktionen**
17.15 Uhr, Magnushörsaal des
Instituts für Physikalische
Chemie, Robert-Mayer-Str. 11
Veranstalter:
Fachbereich Chemie

Dienstag, 11. Mai

Martin Walser,
Überlingen:
**Autorendiskussion:
Rezeption des deutschen
Bauernkrieges im modernen
Drama — Martin Walser:
„Das Sauspiel“**
14 Uhr, Turm, Raum 122
Veranstalter:
Prof. Dr. Walter Raitz,
Deutsches Seminar
Karl E. Fick, Frankfurt:
**Japan als geographische Unter-
richtsaufgabe früher und heute**
17.15 Uhr, Geographisches
Institut, Raum 308,
Senckenberganlage 36
Veranstalter:
Fachbereich Geographie
Karl Krolow, Darmstadt:
Autoren-Lesung
17.15 Uhr, Hörsaal I
Veranstalter:
Deutsches Seminar
Ben Selinger,
Canberra (Australien):
**Fluoreszenzabklingdauern
in Mizellen — Eine Anwen-
dung der Photoncounting
Technik**
17.30 Uhr, Chemie-Mehrzweck-
gebäude Niederrad, Seminar-
raum 201, Sandhofstraße

Veranstaltung im Rahmen des
„Chemischen Kolloquiums
Niederrad“

L. G. Schneider,
Tübingen:
**Serologie und Funktion
von Tollwutvirus
Strukturproteinen**
18.15 Uhr, Hörsaal des Paul-
Ehrlich-Instituts, des Georg-
Speyer-Hauses und des Ferdi-
nand-Blum-Instituts, Paul-
Ehrlich-Straße 42-44
209. Kolloquium des Paul-
Ehrlich-Instituts, des Georg-
Speyer-Hauses und des Ferdi-
nand-Blum-Instituts

Mittwoch, 12. Mai

Raymond Giles,
Smith College:
**Educational Programs in a
Multi-Cultured Society**
11 Uhr, Turm, Raum 2502
Veranstalter: Fachbereich
Erziehungswissenschaften

Donnerstag, 13. Mai

Georg Hohlneicher,
Köln:
**Oberflächenaufladung
(Charging) bei der Hoch-
energetischen Photoelektro-
nenpektroskopie (ESCA)**
17.15 Uhr, Magnus-Hörsaal
(Eingang: Emil-Sulzbach-Str.)
Veranstalter:
Die Dozenten der Chemie
Michael Zahrnt, Kiel:
**Die Bedeutung von Antio-
polis im Rahmen der hadria-
nischen Städtegründungen**
18.15 Uhr, Seminar für Grie-
chische und Römische Ge-
schichte, Raum 601, Gräfstr. 76
Veranstalter: Seminar für
Griechische und Römische
Geschichte

Freitag, 14. Mai

Peter Mittelstädt,
Köln:
**Erfahrungen und Erkenntnisse
a priori in der modernen
Physik**
20.15 Uhr, Seminarraum 4,
Dantestraße 4-6
Veranstalter:
Fachbereich Philosophie

Montag, 17. Mai

Podiumsdiskussion:
**Venus contra Mars?
Wie sehen Franzosen und
Deutsche sich heute?**
Leitung: Prof. Dr. André
Stoll, Romanisches Seminar
Teilnehmer:
Alain Clément (Le Monde)
Dr. Robert Held
(Frankfurter Allgemeine
Zeitung)
Werner Holzer
(Frankfurter Rundschau)
18.15 Uhr, Institut Français,
Am Leonhardsbrunn 4
Veranstalter: Romanisches
Seminar der Universität
Frankfurt und Institut
Français

Ralf Pauly:
**Konstruktion und Schätzung
einer Steueraufkommensfunk-
tion in einem disaggregierten
Prognosemodell**
Vortrag im Rahmen des wirt-
schafts- und sozialpolitischen
Kolloquiums des SPES-Pro-
jektes
17.15 Uhr, Hauptgebäude,
Raum 132 B
Veranstalter:
Prof. Hans-Jürgen Krupp
Albert Menne, Bochum:
**Philosophische und didaktische
Probleme der Mengenlehre**
20.15 Uhr, Seminarraum 4,
Dantestraße 4-6
Veranstalter:
Fachbereich Philosophie

Dienstag, 18. Mai

E. Niecke, Göttingen:
**Darstellung und Reaktivität von
Phosphor-Stickstoff-Yliden der
Koordinationszahl zwei und
drei**
16.15 Uhr, Niederurseler Hang,
Raum A 514
Veranstaltung im Rahmen des
„Chemischen Kolloquiums Nie-
derursel“

Johan G. Borchert,
Utrecht:
**Entwicklung und Stand der
„Sozialen Geographie“ in den
Niederlanden**
17.15 Uhr, Geographisches In-
stitut, Raum 308, Senckenberg-
anlage 36
Veranstalter:
Fachbereich Geographie

Mittwoch, 19. Mai

Hans Georg Noack,
Roringen:
**Probleme der Heranwachsen-
den im Spiegel moderner Ju-
gendliteratur**
16 Uhr, Turm, Raum 2504
Veranstalter:
Institut für Jugendbuchfor-
schung

Volker Albrecht,
Frankfurt:
**Antrittsvorlesung:
Die Geographie und ihre Di-
daktik: Chancen und Aufgaben
der Lehre und Forschung an
der Johann Wolfgang Goethe-
Universität Frankfurt am Main**
16.15 Uhr, Geowissenschaft-
licher Hörsaal, Senckenbergan-
lage 34
Veranstalter:
Fachbereich Geographie

Sir Derek Barton,
London:
**Positive Fluorine in Organic
Synthesis**
17.30 Uhr, Großer Hörsaal der
Chemischen Institute, Robert-
Mayer-Straße 7-9

Veranstalter: Gesellschaft
Deutscher Chemiker, Ortsver-
band Frankfurt
Johan G. Borchert,
Utrecht:
**Stadtgeographische Struktur-
änderungen und ihre Konse-
quenzen für die neuen Pla-
nungsleitbilder der Randstadt
Holland**
18 Uhr, Geographisches Insti-
tut, Raum 308, Senckenberg-
anlage 36
Veranstalter:
Fachbereich Geographie

Donnerstag, 20. Mai

Herbert Christ,
Gießen:
**Literatur und Fremdsprachen-
unterricht (unter besonderer
Berücksichtigung des Franzö-
sischen)**
16 Uhr, Raum 2702
Veranstalter: Prof. Dr. Karsten
Garscha, Romanisches Seminar
Wolf Gaebe,
Karlsruhe:
**Die Analyse mehrkerniger Ver-
dichtungsräume am Beispiel
des Rhein-Ruhr-Raumes**
17.15 Uhr, Geographisches In-
stitut, Raum 308, Senckenberg-
anlage 36
Veranstalter:
Fachbereich Geographie

Freitag, 21. Mai

Lothar Gall, Frankfurt:
**Antrittsvorlesung:
Bismarck und der Bonapartis-
mus**
12.15 Uhr, Hörsaal H 4,
Gräfstraße 48-52
Veranstalter: Fachbereich
Geschichtswissenschaften

Neuordnung der Hochschulzulassung

Die Konferenz der Kultusmi-
nister (KMK) beriet auf der
Sitzung am 8./9. April über
die Neuordnung der Hoch-
schulzulassung. Nach § 72 des
Hochschulrahmengesetzes ist
das bisherige Zulassungsrecht
des Staatsvertrages zum Win-
tersemester 1977/78 an die
neuen Vorschriften des Geset-
zes anzupassen. Die Minister
trafen zu diesem Zweck im
einzelnen die folgenden
grundsätzlichen Entschei-
dungen, die nunmehr vom Ver-
waltungsausschuß der Zen-
tralstelle für die Vergabe von
Studienplätzen bei der Neu-
fassung der Vergabeverord-
nung zum Wintersemester
1977/78 zugrunde zu legen
sind:

Bildung von Vorabquoten bei der Zulassung

Nach dem Hochschulrahmen-
gesetz sind bis zu 30 vom
Hundert der Studienplätze für
Fälle außergewöhnlicher Här-
te, für Berufe mit besonderem
öffentlichen Bedarf, für Aus-
länder, für Übergänger nach
dem Grundstudium an einer
Fachhochschule und Bewerber
für ein Zweitstudium vorzu-
behalten. — Die Kultusmini-
ster setzten diese Vorabquoten
auf 25 vom Hundert fest und
berücksichtigten dabei die
einzelnen Gruppen wie folgt:

bei den sogenannten „harten“
numeris clausus-Fächern Me-
dizin, Zahnmedizin, Tiermedi-
zin, Pharmazie
12 v.H. für Härtefälle
6 v.H. für Ausländer
1 v.H. für Übergänger
2 v.H. für Zweitstudenten
4 v.H. für Berufe mit beson-
derem öffentlichen Bedarf
bei allen übrigen Fächern
12 v.H. für Härtefälle
8 v.H. für Ausländer
2 v.H. für Übergänger
3 v.H. für Zweitstudenten

Gewichtung von Abiturnoten, Einführung einer Mischquote sowie einer Bandbreite bei den Noten

Die Fragen der Gewichtung
von Abiturnoten, der Einfüh-
rung einer Mischquote aus
Qualifikation und Wartezeit
sowie einer Bandbreite bei

Kino der Stadt Frankfurt
(Saalgasse 19) statt.
den Noten für die Leistungs-
zulassung sind nach Auffas-
sung der Kultusminister noch
nicht entscheidungsreif und
müssen daher in den Gremien
der Kultusministerkonferenz
weiterberaten werden.

Besondere Berücksichtigung beruflicher Qualifikationen bei der Wartezeit

Für eine abgeschlossene
Berufsausbildung vor dem Er-
werb der Studienqualifikation
ist eine zeitliche Vergünsti-
gung von 2 Jahren und für
eine abgeschlossene Berufs-
ausbildung nach dem Erwerb
der Studienqualifikation eine
Vergünstigung von 6 Monaten
bei der Wartezeit vorgesehen.
Eine dreijährige Berufstätig-
keit nach dem Erwerb der
Studienqualifikation soll zu
einer Vergünstigung von
ebenfalls 6 Monaten führen.

Weiterbildung

Der Hessische Verwaltungs-
schulverband, Verwaltungsse-
minar Frankfurt (Adalbert-
straße 26, Tel. 77 90 94), bietet
1976 verschiedene Fortbil-
dungslehrgänge an. Von be-
sonderem Interesse für die
Mitarbeiter der Universität
sind vor allem folgende Kur-
se:

**Grundzüge des Verwaltungs-
rechts** (für die Bedienstete mit
oder ohne regelrechte Verwal-
tungsausbildung); Inhalt: Be-
griff, Rechtsgrundlagen, Auf-
bau und Organisation der
Verwaltung, Lehre vom Ver-
waltungshandeln, Rechts-
schutz des Bürgers; 20 Stunden.
Organisationskunde (für Teil-
nehmer mit oder ohne Verwal-
tungsausbildung); Inhalt
u.a.: Organisation einer Verwal-
tung, Ordnungssysteme,
Gliederungspläne, Geschäfts-
ordnungen etc.; 24 Stunden.
**Sozialversicherungsrecht mit
Grundkenntnissen** (für Teil-
nehmer mit oder ohne Verwal-
tungsausbildung); Inhalt u.a.:
Beitragsfragen, Versicherungs-
träger, Leistungen, spezielles
und allgemeines Recht für Ren-
ten-, Kranken-, Unfallversiche-
rung etc.; 48 Stunden.

Deutschsprachliche Übungen

(für alle Interessenten); In-
halt: Interview, Krankmel-
dung, Urlaubsgesuch, Ge-
spräch, Bericht, Aktennotiz,
Streitgespräch, Privat- und Ge-
schäftsbrief, Fremdwortge-
brauch, Bewerbung, Protokoll;
26 Stunden.

Die Lehrgänge finden ge-
wöhnlich einmal wöchentlich
(je 4 Unterrichtsstunden)
während der Dienstzeit statt.

Auch die Hessische Zentrale
für Datenverarbeitung (Main-
zer Str. 29, 6200 Wiesbaden,
Tel. (92) 34 02 71 bietet Fortbil-
dungslehrgänge für Verwal-
tungsbedienstete an.

Lehrgangsbeschreibungen bei
der Einrichtungen können
eingesehen werden im Didak-
tischen Zentrum, Arbeitsstelle
Fernstudium und Weiterbildung,
Turm, II. Stock, Zi. 239,
Tel. 7 89-38 09 oder - 36 13.

Funkkolleg „Literatur“

Im Wintersemester beginnt
ein neues zweisemestriges
Funkkolleg „Literatur“, das
im 2. Hörfunkprogramm des
Hessischen Rundfunks gesen-
det wird. Die Einführungs-
sendungen beginnen bereits am
12. Mai. Sie werden jeweils
mittwochs von 18.30 bis 19.00
Uhr ausgestrahlt.

Umfrage zu Mittelkürzungen

In einem Rundschreiben hat
der Fachbereich Biologie die
Mitglieder der Fachbereichs-
räte aufgefordert, über die
Konsequenzen der Mittelkür-
zungen für wissenschaftliche
Hilfskräfte und Tutoren in ih-
rem jeweiligen Fachbereich zu
berichten. Der Fachbereich
Biologie ist der Meinung, daß
eine weitere Gefährdung der
Ausbildungsqualität durch
solche Kürzungen verhindert
werden muß. Dazu sei es er-
forderlich, daß alle Fachbe-
reichsräte gemeinsam zu die-
sem Problem Stellung nehmen
und gemeinsam aktiv werden,
d. h. unter anderem, bedarfs-
deckende Mittel von der Lan-
desregierung zu fordern.

Theorie des Films

Die Veranstaltung „Zur The-
orie des Films“ von Prof. Alex-
ander Kluge wird als Kom-
paktseminar mit dem Untertitel
„Fragen des antagonistischen
Realismusbegriffes im
Film“ stattfinden. Den ersten
Teil wird Prof. Kluge am 8.
Mai von 10 bis 15.30 Uhr im
Hörsaal H 1 der Universität
halten; der zweite Teil findet
am 9. Mai im Kommunalen

Unbesetzte Studienplätze für Lehrerstudenten

Obwohl zahlreiche Studienbewerber sich erfolglos um einen Studienplatz bewerben, bleiben an der Universität Frankfurt im vergangenen Wintersemester zahlreiche Studienplätze für Erstsemester in den Lehramtsstudiengängen unbesetzt (s. Spalte 6 in der nebenstehenden Tabelle). Aufgrund einer Anfrage der Demokratischen Hochschulreform (DHR) wurde dieses Thema auf der gestrigen Konventssitzung, über die aus redaktionellen Gründen erst in der nächsten Ausgabe des Uni-Report berichtet werden kann, auf die Tagesordnung gesetzt. Im folgenden sind die Anfrage der DHR und eine dem Konvent schriftlich vorgelegte Antwort des Präsidenten abgedruckt.

Anfrage der DHR

Nach Informationen der DHR (DO) sind an der Universität Frankfurt nach Abschluß des Vergabeverfahrens der ZVS und nach Abschluß des Losverfahrens an der Universität (gemäß § 24 der Vergabeverordnung) 824 von 3690 Studienplätzen für das 1. Fachsemester nicht von Studenten besetzt worden. (Stichtag: 20. 1. 1976)

Die Zahl der im WS 75/76 aufgenommenen Studenten liegt damit 20 Prozent unter der vom hessischen Kultusministerium angegebenen Kapazität der Universität. Daraus ergeben sich für die DHR folgende Fragen an den Präsidenten:

1) Welche Maßnahmen hat die Universitätsleitung unternommen, um die nach Abschluß des Vergabeverfahrens noch freien Studienplätze im Rahmen des universitätsinternen Losverfahrens zu besetzen (z. B. Information der Öffentlichkeit durch Presse, Rundfunk und Fernsehen)?

2) Welche Maßnahmen hat die Universitätsleitung in Gang gesetzt, um im Kontakt mit der ZVS zu klären, in welchem Umfang zugewiesene Studienplätze nicht besetzt wurden,

in welchem Umfang Bewerber den Studienort Frankfurt/Main überhaupt nicht oder nicht ordnungsgemäß angegeben haben, ob sonstige Ursachen eine Rolle gespielt haben.

3) Welche Schritte hat die Universitätsleitung unternommen, um festzustellen, in welchem Verhältnis die Prozentzahlen der nicht besetzten Studienplätze an den anderen hessischen Hochschulen zu der für die Universität Frankfurt/Main ermittelten Prozentzahl stehen?

4) Welche Informationen hat die Universitätsleitung über die Folgerungen, die das hessische Kultusministerium — besonders für die Lehramtsstudiengänge — aus den vorliegenden Zahlen des Wintersemesters 1975/76 für die anstehende Neuberechnung der Höchstzahlen für das WS 76/77 zu ziehen gedenkt?

Antwort des Präsidenten

Die Informationen der DHR (DO) gründen auf einer Unterlage der Präsidialabteilung vom 22. Januar 1976, welche auch dem Allgemeinen Studentenausschuß zur Verfügung gestellt und von diesem im wesentlichen korrekt verarbeitet und dokumentiert wurde.

Danach ist es zutreffend, daß zum Stichtag 20. Januar 1976

nach Abschluß des Vergabeverfahrens der ZVS und des Losverfahrens gemäß § 24 der Vergabeverordnung für das WS 75/76 die Zulassungszahlen für Studienanfänger in aufnahmebeschränkten Studiengängen rd. ein Fünftel unter der Aufnahmekapazität insgesamt gemäß Höchstzahlenverordnung vom 8. Juli 1975 lagen.

Diese Tatsache ist angesichts der zunehmenden Zahl abgewiesener Studienbewerber zu bedauern. Die öffentliche Erörterung der damit zusammenhängenden Probleme halte ich ebenso wie die „Demokratische Opposition“ für notwendig. Ich begrüße insoweit die Anfrage.

Zurückweisen muß ich allerdings die den Fragen zugrundeliegenden Annahmen, die Verwaltung der Universität hätte durch Versäumnisse am Ort oder in Hinblick auf mögliche Kontakte oder Maßnahmen zu oder bei anderen Institutionen dazu beigetragen, daß ausgewiesene Studienplätze nicht genutzt wurden.

Bekanntlich ist das Verfahren der Vergabe zentral bewirtschafteter Studienplätze staatlich geregelt. Die Selbstverwaltung der Universität unterliegt nach Wahrnehmung ihres Rechtes, über ihre Kapazitätsverhältnisse zu berichten, zwingenden Vorschriften. Diese betreffen zum einen die Festlegung der Höchstzahlen — worüber es zwischen dem Land und der Universität bekanntlich Kontroversen gab und gibt — und zum anderen die umstrittenen Modalitäten ihrer Ausnutzung.

Das Problem, ein sinnvolles und unter den gegebenen Umständen maximal zu bemessendes Studienplatzangebot in Übereinstimmung zu bringen mit einer Nachfragestruktur, die kurzfristig nicht zu steuern ist, kann von seiten einer einzelnen Universität nicht im Rahmen eines reglementierten Zulassungsverfahrens gelöst werden.

Hier hat eine bildungspolitische Grundsatzdebatte ihren Raum, die zu führen ich bereit bin und welche ich in den zuständigen Gremien als Problem der Studienreform bereits seit längerem eingebracht habe.

Auf die Tatsache, daß für ein Teil derjenigen Studienplätze in Magister- und Diplomstudiengängen, die durch die Verminderung der Studienplätze in den lehrerbildenden Studiengängen entstanden sind, sinnvollerweise keine Nachfrage besteht, habe ich immer wieder hingewiesen. Die tatsächliche Entwicklung hat meine Behauptung insofern bestätigt.

Weiterhin muß darauf hingewiesen werden, daß erst der Ausschluß von Mehrfachbewerbungen durch das zentrale Zulassungsverfahren gezeigt hat, daß in einigen Fächern das Angebot an Studienplätzen ausreicht.

Im einzelnen beantworte ich die Fragen der DHR wie folgt:

1) Die Universitätsleitung hat im WS 75/76 keinen Anlaß gehabt, studienplatzsuchende Abiturienten und abgewiesene Studienbewerber auf ihre Möglichkeit hinzuweisen, einen Studienplatz im Losverfahren zu erhalten. Dies wurde in hinreichender und eindeutiger Weise von der ZVS wahrgenommen. Jeder Ablehnungsbescheid der ZVS enthält eine Rechtsmittelbelehrung und ist mit einem an-

hängenden Coupon ein bevorrechtigtes Los für das Losverfahren an einem beliebigen Ort für die Zulassung in einem Studiengang, welcher in dem jeweiligen Hauptverfahren nach Leistung/Wartezeit und Härtekriterien nicht zugänglich war. Darüber hinaus waren Studienbewerber darüber informiert, daß auch sonstige Zuschriften im Rahmen der Fristen als „formlose“ Lose in das abschließende Besetzungsverfahren einbezogen werden konnten.

Die freien Plätze für höhere Semester wurden, soweit im Normalverfahren nicht besetzt, durch Pressehinweise (u. a. Uni-Report) seitens der Universität angeboten.

Die Studentenverwaltung hat alle Anstrengungen unternommen, sämtliche freien Studienplätze zu besetzen. Das Losverfahren konnte erst nach dem Ende des Nachrückverfahrens durch die ZVS beginnen. Fristversäumnisse seitens der Universität sind hierbei nicht vorgekommen.

Es kann der Universität nicht angelastet werden, wenn in erheblichem Umfang Studienbewerber ihre im Losverfahren zugewiesenen Studienplätze nicht in Anspruch genommen haben (Mehrfachbewerbungen, andere Berufstätigkeit).

2) a) Im Kontakt mit der ZVS wurde das Studienplatzkontingent (Studienanfänger) routinemäßig verwaltet; der Umfang der nicht besetzten Studienplätze war jederzeit bekannt.

b) Zur Beantwortung dieser Frage kann es z. T. keine Unterlagen geben (Nicht-Angabe der Ortspräferenz U-Fm) bzw. sind sie nicht zugänglich (nicht ordnungsgemäße Angabe des Ortes Ffm).

c) „Sonstige“ Ursachen für die Diskrepanz zwischen Studienplatz-Angebot und Studienplatzwünschen sollten in der Aussprache im Konvent erörtert werden.

3) Ein Vergleich der Zulassungsdefizite im WS 1975/76

bei den Hessischen Hochschulen wurde bislang nicht gezogen. Ein solcher Vergleich stößt wegen unterschiedlicher Studiengänge an den verschiedenen Hochschulen auf erhebliche Schwierigkeiten. Ein grober und kaum vertretbarer Vergleich mit veröffentlichten Daten der Universität Gießen ergibt, daß in Frankfurt 22 Prozent und in Gießen 27 Prozent der Studienplätze insgesamt nach Abschluß des Losverfahrens freibleiben.

Im übrigen erscheint es sinnvoll, seitens der Hochschulen generell gemeinsam in eine Untersuchung der Verwaltungsabläufe der ZVS einzutreten. Dies müßte in der WRK koordiniert und mit der KMK abgestimmt werden.

4) Zu diesem Punkt liegt der Erlass des Hessischen Kultusministers vom 24. März 1976 vor, welcher für die Beratungen zur Kapazitätsfestsetzung im Ständigen Ausschuß I und III Ihnen bereits zugeleitet wurde (Vorlagen L 3.52, H 3.82).

JAHRESAUFNAHMEQUOTEN IN LEHRAMTSSTUDIENGÄNGEN

Vergleichende Übersicht JAHRESAUFNAHMEQUOTEN

Studiengang	73/74	74/75	75/76 Bericht Univ.	75/76 Festsetzung HKM	76/77 Vorgabe HKM	Ausnutzung der Plätze WS 75/76 in Prozent
	1	2	3	4	5	6
Studiengänge mit Abschluß Staatsexamen für das Lehramt an Grundschulen						
Sozialkunde	36	36	37	25	5	73
Sport	12	29	17	10	15	100
Ev. Religion	4	3	—	—	8	—
Kath. Religion	4	3	—	—	7	—
Geschichte	4	6	8	5	5	100
Kunst	35	36	34	30	10	85
Musik	5	12	23	25	10	66
Deutsch	154	172	135	64	20	100
Englisch	17	12	29	35	10	40
Französisch	8	2	2	5	5	40
Mathematik	81	74	53	33	25	95
Physik	2	2	1	5	5	0
Chemie	2	2	0	10	5	10
Biologie	14	16	28	25	5	100
Erdkunde	13	6	16	10	5	20
Summe	391	411	383	282	140	73
Studiengänge mit Abschluß Staatsexamen für das Lehramt an Haupt- und Realschulen						
Sozialkunde	228	205	321	95	20	35
Sport	108	167	122	60	30	100
Ev. Religion	7	14	—	—	10	—
Kath. Religion	5	13	—	—	10	—
Geschichte	56	41	140	55	20	33
Kunst	178	178	134	60	20	93
Musik	25	59	75	58	20	53
Deutsch	206	189	192	80	50	84
Englisch	112	123	212	100	50	61
Französisch	39	53	126	60	10	40
Mathematik	191	209	169	40	45	100
Physik	67	55	74	49	10	46
Chemie	38	25	37	30	10	55
Biologie	53	48	113	75	20	72
Erdkunde	67	80	148	65	10	47
Summe	1380	1484	1737	827	335	62
Studiengänge mit Abschluß Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien						
Sozialkunde	206	197	227	60	40	100
Sport	117	168	81	30	30	100
Ev. Religion	5	10	—	—	10	—
Kath. Religion	9	8	—	—	10	—
Geschichte	78	73	131	80	50	56
Griechisch	2	1	—	—	15	—
Latein	11	12	—	—	20	—
Deutsch	196	233	147	30	30	100
Englisch	126	167	164	125	100	87
Französisch	80	96	142	105	90	81
Russisch	19	21	—	—	10	—
Mathematik	104	123	46	72	70	100
Physik	56	60	44	50	40	71
Chemie	51	57	27	50	35	66
Biologie	46	48	41	35	25	100
Geographie	69	83	91	45	35	83
Summe	1175	1357	1141	682	610	83
Studiengänge mit Abschluß Staatsexamen für das Lehramt an Sonderschulen						
Sonderpädagogische Fachrichtungen	267	463	120	120	80	

Diese Tabelle zeigt die Entwicklung der Zulassungszahlen in den Lehramtsstudiengängen. Dabei sind die Werte in Spalte 1 und 2 empirische Daten, die in Spalte 3 Ergebnisse der Kapazitätsberechnungen der Universität, die in Spalte 4 die festgesetzten Höchstzahlen des Kultusmin-

isters und die in Spalte 5 die Vorgaben des Kultusministers für das kommende Studienjahr (WS 1976/77 und SS 1977). Die Spalte 6 schließlich ist der prozentuale Anteil der tatsächlich wahrgenommenen Studienplätze im Wintersemester 1975/76 nach Abschluß des Losverfahrens.

Personalratswahl im Kernbereich

GRUPPE BEAMTE

Liste 1: Grund-Preis

Grund, Karl-Heinz
Amtsrat
Preis, Josef
Amtmann
Schunk, Hans Jürgen
Inspektor
Becela, Herbert
Techn. Amtsrat
Förster, Christa
Amtmann
Gorges, Reinhold
Inspektor

Liste 2: ÖTV

Scheil, Armin
Bibliotheksrat
Diehl, Wolfgang
Sekretär
Jung, Gertrud
Oberinspektorin
Kallweit, Wolfhard
Amtmann
Klein, Dieter
Oberinspektor

GRUPPE ANGESTELLTE

Liste 1: Unabhängige Wähler

Hübel, Rudolf
Verw.-Angest.
Pfeiffer, Karl
Techn. Angest.
Glebe, Brigitte
Verw.-Angest.
Lakomy, Wolfgang
Verw.-Angest.
Schwarz, Elsa
Verw.-Angest.

Fuchs, Hans
Techn. Angest.
Weitzel, Otto
Verw.-Angest.

Liste 2: ÖTV

Weissmann, Wolfgang
Hausmeister
Kochanski, Margarete
Verw.-Angest.
Hartmann, Annette
Verw.-Angest.
Pesel, Helga
Verw.-Angest.
Simon, Norbert
Chemielaborant
Lautenschlager, Georg
Gartenmeister
Benz-Dehne, Gisela
Bibliotheks-Angest.
Lenke, Ingrid
Verw.-Angest.
Müller, Ingeborg
Verw.-Angest.
Grasmück, Hans
Gartenmeister
Diemann, Dagobert
Verw.-Angest.
Geiger, Heide
Verw.-Angest.
Ruppel, Manfred
Techn. Angest.
Dingeldein, Lothar
Techn. Angest.
Steinschneider, Marie-Louise
Verw.-Angest.
Fahrenholz, Frithjof
Gartenmeister
Heuschkel, Manfred
Techn. Angest.
Jung, Heidrun
Techn. Angest.
Krause, Jutta
Techn. Angest.
Kneissel, Franz
Techn. Angest.

Liste 3: DAG

Hasenstab, Eleonore
Verw.-Angest.
Sauer, Hans
Bibliotheks-Angest.
Grossner, Karl
Bibliotheks-Angest.
Boß, Elfriede
Verw.-Angest.
Saelzle, Ursula
Verw.-Angest.

GRUPPE ARBEITER

Liste 1: Unabhängige Wähler

Vanscheidt, Hans
Schreiner
Sauerwald, Horst
Heizer
Ponzan, Antonio
Elektriker
Merk, Heinz
Mechaniker
Buxmann, Lieselotte
Reinemachefrau

Liste 2: ÖTV

Schweitzer, Arthur
Mechaniker
Tengler, Marga
Gärtnerin
Silva-Pimenta, Rosa
Reinigungsfrau
Meyer, Hubert
Vorarbeiter
Hollmann, Werner
Gärtner
Kleubler, Karl-Heinz
Elektromonteur
Krausch, Herbert
Schreiner
Kloidt, Hubert
Heizer
Kison, Willy
Gärtner

Schüler, Heinz
Gärtner

GRUPPE WISSENSCHAFTLICHE BEDIENSTETE

Liste 1:

ÖTV/GEW
Voegelin, Ludwig
wiss. Mitarbeiter
Vogel, Eckart
wiss. Mitarbeiter
Seebach, Klaus-Michael
wiss. Mitarbeiter
Biesold, Elke
wiss. Mitarbeiter
Schmidt, Waltraud
wiss. Mitarbeiter
Engel, Gisela
wiss. Mitarbeiter
Hartmann, Renate
wiss. Mitarbeiter
Wegener, Reinhard
wiss. Mitarbeiter
Ronte, Ernst
wiss. Mitarbeiter
Brähler, Rainer
wiss. Mitarbeiter
Olbrich, Helga
päd. Mitarbeiterin
Richter-Hansen, Freimut
wiss. Mitarbeiter
Dr. Mehlig, Rudolf
akad. Oberrat
Heider, Frank
wiss. Mitarbeiter
Bartsch, Reinhard
wiss. Hilfskraft
Holzschuh, Horst
wiss. Mitarbeiter
Kokott, Hartmut
wiss. Mitarbeiter
Dr. Happel, Herbert
wiss. Mitarbeiter
Dr. Wilke, Bruno
päd. Mitarbeiter

Liste 2:

Freie Liste Personalrat

Dr. Ewerf, Marten
wiss. Mitarbeiter
Scholz-Tarnow, Gisela
wiss. Mitarbeiter
Dr. Müller, Helmut
akad. Oberrat
Vogel, Gisela
wiss. Mitarbeiter
Hebbel, Gernot
wiss. Mitarbeiter
Dr. Forstmann, Wilfried
wiss. Ass.
Langer, Wolfgang
wiss. Mitarbeiter
Dr. Pickel, Peter
wiss. Mitarbeiter
Dietz, Eberhard
wiss. Mitarbeiter
Dr. Grabner, Erich Walter
akad. Rat
Dr. Wagner, Gerd Rainer
wiss. Mitarbeiter
Dr. Kujaw, Jörg
akad. Oberrat
Diefenbach, Hans
wiss. Mitarbeiter
Bambey, Johann Heinrich
päd. Mitarbeiter
Creutz, Gerhard
wiss. Mitarbeiter

JUGEND- VERTRETUNG

Liste 1:

Jugendmitbestimmung

Böcher, Marlies
Sekretärin

Liste 2:

ÖTV

Seeber, Horst
Feinmechaniker
(Auszubildender)
Purper, Helmut
Feinmechaniker
(Auszubildender)
Kläre, Jürgen
Feingeräteelektroniker
(Auszubildender)

DAG

(Gruppe Angestellte)

Mit Liste 3 „DAG 76“ sollen zunächst die für den Personalrat kandidierenden genannten Vertreter vorgestellt werden. Es sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit vielen Jahren an der Universität tätig sind und glauben, die beruflichen Alltagsprobleme und die universitäre Arbeitsplatzsituation vieler Kolleginnen und Kollegen zu kennen.

Diese Tatsache und die Erfahrungen der vergangenen Jahre waren nicht zuletzt ausschlaggebend dafür, mit Unterstützung der Deutschen Angestelltengewerkschaft bei den diesjährigen Personalratswahlen als Ihre Interessenvertretung zu kandidieren.

Unser Programm:

Nun, zwischen den allgemeinen euphorischen Versprechungen und der Realisierung mancher Vorhaben klappt - Sie werden die gleiche Lebenserfahrung gemacht haben - bei den meisten unserer lieben Zeitgenossen eine Lücke. Diese zu schließen, wollen wir uns bemühen, in sachlicher und vernünftiger Weise mit der Universitätsleitung zusammenzuwirken um unter Ausschöpfung der Möglichkeiten, die das Hessische Personalvertretungsgesetz bietet, optimale Arbeitsbedingungen in tarifgerechter, organisatorischer und sozialer Hinsicht zu erreichen.

Darüber hinaus wollen wir Sie über die Personalratsarbeit künftig rechtzeitig und vor allem regelmäßig informieren. Vom Korporationsrecht wollen wir stärker Gebrauch machen, um damit zusätzliche Gelegenheiten zu eröffnen, auf diese Weise mit Ihren berechtigten Sorgen, Problemen und Anregungen noch besser bekannt zu werden.

Freie Liste Personalrat (Gruppe wissenschaftliche Bedienstete)

Wir, die Kandidaten der „Freien Liste Personalrat“ gehören als Wissenschaftliche Bedienstete verschiedenen Fachbereichen und Instituten an, sind nicht an parteipolitische und gewerkschaftliche Richtlinien gebunden und fühlen uns nicht auf dogmatische und ideologische Vorstellungen fixiert. Wir sehen unsere Tätigkeit im Personalrat als sinnvolle und notwendige Ergänzung zu gewerkschaftlichen Gruppen, doch entspricht das imperative Mandat nicht unserer Grundeinstellung. Dank des großen Vertrauens der wissenschaftlichen Bediensteten konnten wir bei der letzten Wahl 3 von 4 Mandaten erringen und eine kontinuierliche Vertretung ihrer Interessen verfolgen, vor allem hinsichtlich längerfristiger Verträge und selbständiger Forschungsmöglichkeiten. Mit unseren Initiativen haben wir auch die Personalräte anderer hessischer Universitäten erreicht. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt heute vornehmlich den Arbeitsplätzen, die gerade in der Gruppe des wissenschaftlichen Personals stärker von kurzfristiger Politik gefährdet sind als bei anderen Arbeitnehmergruppen der Universität. Wir setzen uns nachdrücklich für eine Aufhebung der Stellen Sperre ein, vor allem aber auch für eine sinnvolle Bewilligung von unbefristeten Stellen für diejenigen wissenschaftlichen Bediensteten, deren Status dem § 53 des HRG bzw. BAT entspricht und die Daueraufgaben wahrnehmen.

Grund/Preis

(Gruppe Beamte)

Wir bitten um Ihre Stimme für die Kandidaten der Liste 1 „Kennwort Grund/Preis“

Hochtrabende „Wahlprogramme“ liegen uns nicht. Wir sind realistisch genug, um in der gegenwärtigen Situation und für die Zukunft allen Wählern unserer Gruppe zu versichern, daß

- unsere Kandidaten, die sich auf breiter Basis aus dem Universitätsbereich zusammengefunden haben, praktische, sachbezogene Mitarbeit im Sinne des Hess. Personalvertretungsgesetzes im Personalrat gewährleisten; dies können wir bereits aus unserer bisherigen Arbeit im Personalrat nachweisen;
- wir glauben, den Interessen und Problemen aller Personalgruppen unserer Universität sowie dem Ansehen des Personalrates als solchem am besten zu dienen, wenn wir Sachlichkeit mit Durchsetzungskraft verbinden, d. h. uns von einseitigen Anti-Haltungen, unnötigen Aggressionen, Effekthascherei usw. nach allen Seiten freihalten;
- objektive Interessenwahrung und parteipolitische Neutralität eines unserer größten Anliegen ist. Wir wollen deshalb die Geltendmachung berufspolitischer Forderungen in erster Linie den Berufsorganisationen überlassen, d. h. nicht „Ersatzgewerkschaft“ spielen;
- unsere Kandidaten im Personalrat zugunsten aller Beschäftigten der Universität echte „Personal-Vertretung“ und ausführliche „Personal-Beratung“ betreiben werden;
- wir uns weiter dafür einsetzen, daß Ihre Belange in allen Besoldungsrechtsangelegenheiten und der Tarifgestaltung sowie bei der Aufstellung der Stellenpläne, in Organisationsordnungen und Dienststanweisungen voll berücksichtigt werden.

Wir hoffen auf das Vertrauen aller Gruppenangehörigen. Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt. Geben Sie uns Ihre Stimme.

ÖTV/GEW

(alle Gruppen)

Bei den Wahlen zum Personalrat wird nach vier Beschäftigtengruppen unterschieden. Natürlich haben diese Gruppen auch spezifische Probleme und differenzierte Interessen; aber in der gegenwärtigen Situation stehen gemeinsame Probleme im Vordergrund:

Allen Beschäftigten der Universität droht Mehrarbeit infolge Stellenstreichungen und Stellenbesetzungssperre; Funktionspläne und Rationalisierungsmaßnahmen können dazu benutzt werden, Heruntergruppierungen und Umsetzungen von Arbeitsplätzen vorzunehmen; Einkommensverschlechterungen sind bereits eingetreten (Streichung von Teilen des Ortszuschlags und der Essenmarken), weitere können folgen. Ob es um die Eingruppierung von Sekretärinnen nach dem neuen Tarifvertrag, um die Zeitverträge für wissenschaftliche Mitarbeiter oder um die Stellenplangestaltung geht - in allen diesen Fragen hat der Personalrat ein wichtiges Mitberatungs- und Mitentscheidungsrecht. Dieses Recht offensiv und mit Erfolg für die Interessen aller Beschäftigten der Universität zu nutzen setzt voraus, daß die Vertreter im Personalrat über Standesinteressen hinweg gemeinsam und solidarisch handeln.

Für die Interessen der Beschäftigten einzutreten, wird von allen kandidierenden Listen versprochen. Die Kandidaten der ÖTV und der GEW für den Personalrat werden dieses Versprechen auch einlösen können: Nicht nur, weil sie gemeinsam organisiert sind, was eine Grundlage für gemeinsames Handeln ist; sie werden zudem von ihrer Gewerkschaft unterstützt und können in allen Arbeits-

rechtsfragen auf deren Sachkompetenz zurückgreifen. Die Kandidaten aller gewerkschaftlichen Listen treten gemeinsam für ein Programm ein, dessen wichtigste Forderungen sind:

- Keine Heruntergruppierungen aufgrund der neuen Stellen- und Funktionspläne!
- Eingruppierung aller Sekretärinnen nach BAT VIB!
- Unbefristete Arbeitsverträge für wissenschaftliche Angestellte, deren Tätigkeit vom Gegenstand her nicht befristet ist!
- Feste, mindestens einjährige Arbeitsverträge für studentische Hilfskräfte und Tutoren!
- Schaffung von Arbeitsplätzen für Schwerbeschädigte!
- Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze!
- Keine Mehrbelastung durch ausscheidende Kollegen bei Stellen Sperre!
- Aufhebung der Stellen Sperre!
- Rücknahme der Mittelkürzung für studentische Hilfskräfte!
- Einrichtung einer Personal-Kantine! Essenmarken für alle Bediensteten!
- Einrichtung eines Betriebskindergartens!
- Einrichtung eines betrieblichen Gesundheitswesens im Kernbereich!
- Kostenlose Deutschkurse für ausländische Arbeitnehmer!
- 14 Tage Bildungsurlaub für alle Bediensteten!
- Keine Entlassungen wegen gewerkschaftlicher oder politischer Tätigkeit!
- Einstellung aller politischen Überprüfungsverfahren!
- Vierteljährliche Personalversammlungen! Schriftliche Rechenschaftsberichte vor den Personalversammlungen!
- Die ÖTV/GEW-Kandidaten für den Personalrat verpflichten sich, entsprechend den Beschlüssen der Personalversammlung zu handeln.

Unabhängige Wähler

(Gruppe Angestellte)

Verehrte Kollegin, werter Kollege!

Im Jahre 1973 haben wir uns an Sie gewandt und um Ihr Vertrauen für die damaligen Personalratswahlen gebitten. Dieses Vertrauen haben Sie uns in reichem Maße geschenkt und mit Ihrer Stimmabgabe dafür gesorgt, daß wir mit 2 Listenplätzen in den Personalrat einziehen konnten, um dort Ihre Interessen zu vertreten. Wir möchten Ihnen auch an dieser Stelle nochmals für Ihre Stimmabgabe danken und hoffen, daß wir Sie nicht enttäuscht haben.

Wir haben in der abgelaufenen Wahlperiode, treu unserem Motto als „Unabhängige Wähler“-Liste versucht, unserer Aufgabe als Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit der Wählerschaft gerecht zu werden. Wir glauben, daß uns dies im Rahmen der dem Personalvertretungsgesetz innewohnenden begrenzten Möglichkeiten auch gelungen ist.

Nunmehr steht erneut die Wahl zum Personalrat bevor. Daher bitten wir Sie wiederum um Ihre Unterstützung, denn auch in der neuen Wahlperiode steht eine Vielzahl von Entscheidungen an, die wir gerne in Ihrem Sinne mitbeeinflussen möchten.

Wir vertrauen darauf, und das hat sich schon bei der überaus eindrucksvollen Unterstützung unseres Wahlvorschlages gezeigt, daß wir mit Ihrer Stimmabgabe diesmal wieder mindestens zwei, wenn nicht drei Listenvertreter in den neuen Personalrat entsenden können.

Wählen Sie deshalb die Kandidaten der Liste 1.

Unabhängige Wähler

(Gruppe Arbeiter)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die diesjährigen Personalratswahlen stehen vor der Tür. Wir hoffen, daß wir auch in dieser Wahlperiode mit 1 bis 2 Kandidaten in den Personalrat einziehen können.

Wir haben versucht im Rahmen des Möglichen für unsere Kolleginnen und Kollegen das Beste zu erreichen.

Wir danken allen, die bei der letzten Personalratswahl für uns gestimmt haben und hoffen, daß Sie auch bei der nächsten Wahl uns Ihr Vertrauen schenken werden.

Verzeichnis wissenschaftlicher Bibliotheken

Um die Vielfalt der in Frankfurt a. M. bestehende bibliothekarischen Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Universität, die für Wissenschaftler und Studenten von Interesse sein können, überschaubar zu machen, hat die Stadt- und Universitätsbibliothek ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Bibliotheken in Frankfurt erstellt, das nun gedruckt vorliegt. Es gibt Auskunft über die Anschriften, die Benutzungsbedingungen und die Sammelgebiete von insgesamt 198 Bibliotheken in Frankfurt, davon rd. 130 im Universitätsbereich.

Das Verzeichnis wird allen erfaßten Bibliotheken zugesandt werden und ist außerdem für sonstige Interessenten bei der Informationsstelle der Stadt- und Universitätsbibliothek (Auskunft) erhältlich.

Personalratswahl im Klinikum**GRUPPE BEAMTE****Unabhängige Liste**

Knobel, Ernst
Amtmann
Appel, Rainer
Inspektor

GRUPPE BEAMTE**GRUPPE WISSENSCHAFTLICHE****BEDIENSTETE****Liste 1****ÖTV**

Dr. Röttger, Peter
Facharzt
Dr. Bechtel, Ursula
wissenschaftliche Angestellte
Dr. Meyer, Irmela
wissenschaftliche Angestellte
Dr. Thomas, Hugo
Personalarzt
Jordan, Jochen
Diplom-Psychologe
Dr. Kaiser, Götz
wissenschaftlicher Angestellter
Schmidt, Gerhard
wissenschaftlicher Angestellter
Dr. Engelbrecht, Hilke
wissenschaftliche Angestellte
Dr. Rieber, Ingeborg
wissenschaftliche Angestellte
Hart, Peter
wissenschaftlicher Angestellter

Liste 2**Unabhängige Liste**

Dr. Linzbach, Peter
ZDV
Dr. Leonhardi, Brigitte
ZRad
Dr. v. Gall, Manfred
ZPsy
Dr. Lämmer, Dieter
ZDV
Dr. Krzywaneck, Hans-Jürgen
ZIM

Schultz-Amling, Walter
Didaktik der Medizin
Dr. v. Wild, Klaus
ZNN
Dr. Petzold, Rüdiger
ZIM

GRUPPE ANGESTELLTE**Liste 1****ÖTV**

Rüdinger, Adolf
Werkmeister
Tessner, Elfriede
Oberschwester
Reinhardt, Christa
Krankenschwester
Seidel, Ute
Verwaltungsangestellte
Elbert, Hermann
Kardiotechniker
Eisenschmidt, Bärbel
MTA
Leonhard, Helga
Krankenschwester
Wesp, Cornelia
Krankengymnastin
Rottmann-Kuhnke, Ursula
Krankenschwester
Brinkmann, Christa
Krankenschwester
Lagies, Jürgen
Technischer Angestellter
Heggemann, Gerhard
Krankenschwester
König, Martin
Verwaltungsangestellter
Andris, Astrid
Krankenschwester
Herr, Gustav
Pförtner
Regus, Barbara
Krankengymnastin
Kührcke, Ernst
Stat. Pfleger
Albert, Annette
Krankenschwester
Krehle, Johann
Küchenmeister

Koll, Ekkehard
Krankenpfleger
Thomann-Honscha, Cornelia
MTA
Seipel, Elfriede
Apothekenhelferin
Schäfer, Werner
Maschinenmeister
Eder, Irmengard
Krankenschwester
Nowotny, Gabriele
Krankenschwester
Pinci, Luisa
Phonotypistin
Henrici, Dorothea
Krankenschwester
Hansen, Heinz
Leitender Krankenpfleger

Liste 2**Unabhängige Liste**

Becker, Christel
Unterrichtsschwester
Janson, Dietrich
Chemotechniker
Pezalla, Alfons
Stationspfleger
Hauff, Oswald
Krankenpfleger
Balthasar, Jutta
Kinderkrankenschwester
Dabrowski, Maria
Verwaltungsangestellte
Kreuzer, Joachim
Technischer Angestellter
Zierke, Karl-Horst
Verwaltungsangestellter
Broecker, Bodo
Maschinenmeister
Walter, Ingeborg
Apothekenhelferin
Klein, Wilfried
Krankenschwester
Kaßler, Karl-Friedrich
Präparator
Billes, Ursula
Krankenschwester
Scharschmidt, Kurt
Maschinenmeister

Ketelhut, Anneliese
Krankenschwester
Feye, Heinrich
Krankenpfleger
Esther, Else
Oberschwester

GRUPPE ARBEITER**Liste 1****ÖTV**

Lang, Willi
Feinmechaniker
Stiep, Elisabeth
Büglerin
Nürnberg, Dieter
Elektromonteur
Bossinger, Karl
Konditor
Rützel, Georg
Kraftfahrer
Godek, Elisabeth
Näherin
Meisel, Karl-Heinz
Mechaniker
Perrone, Filomena
Wäschereiarbeiterin
Andrae, Herbert
Installateur
Schmidt, Rudolf
Tapezierer
Gorke, Annelies
Arbeiterin
Eisenbach, Klaus
Installateur
Eifinger, Kurt
Elektromonteur
Pfaff, Otto
Maschinist

Liste 2**Unabhängige Liste**

Lewien, Elfriede
Wäschereiarbeiterin
Grätz, Rudolf
Gärtner
Schmidt, Manfred
Kraftfahrzeugmechaniker
Steuk, Eckart
Schlosser
Sipos, Stefanija
Vorköchin

ÖTV**(Gruppen Arbeiter und Angestellte)**

Die Arbeit des Personalrates im Klinikum wird immer umfangreicher, vielfältiger und insgesamt schwieriger. Angesichts der durch Arbeitsmarktlage und Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen bedingten Stellenverknappungen sind Personalentscheidungen auch sehr viel verantwortlicher als bisher.

Wir — die Liste ÖTV — streben an, durch die Wahlentscheidung der Arbeiter und Angestellten des Klinikums die Hauptverantwortung für die künftige Personalratsarbeit zu tragen. Was ist dann von uns zu erwarten?

Nicht zu befürchten ist, — daß in den Personalrats-Sprechstunden Mitarbeiter abgefertigt statt beraten werden.

— daß Mitarbeiter sich durch Anrufung des Personalrates an Stelle einer Unterstützung weitere Schwierigkeiten am Arbeitsplatz einhandeln,

— daß Entlassungen zum nicht wiedergutzumachenden Nachteil der Betroffenen ohne Überprüfung zugestimmt wird,

— daß durch Unterlassung und Verschleppung von Arbeitsplatzbegehungen und Teilpersonalversammlungen innerhalb unseres Großklinikums die Arbeitnehmer weder selbst informieren noch informiert werden können,

— daß Freistellungen für die Personalratsarbeit durch Nominierung unvorbereiteter Kandidaten zum Nachteil der Arbeitnehmer nicht genutzt werden können...

Wir — die Kandidaten der ÖTV — verbürgen uns für die Wahrung der gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer — auf sachgemäße und um-

fassende Information über Arbeitsplatzprobleme und Tariffragen

— auf Unterstützung durch die Arbeitnehmervertretung im Konfliktfall durch Vermittlung, Beratung und Einhaltung der gesetzlichen Kontrollmöglichkeiten,

— auf wirksame Kontrolle und Erhaltung der sozialen Einrichtungen (Personalkasino, Kindergarten, geförderte Wohnungen...)

Personalratsarbeit ist Teamarbeit, nicht eine Leistung von Einzelpersonen, deswegen sind unsere Kandidaten nicht durch zufälliges Zusammenknobeln, Anregungen von Dienstvorgesetzten oder Irreführung bei Unterschriften-sammlung nominiert worden, sondern nach den besonderen Gegebenheiten des Klinikums:

Wir haben bei den Arbeitern die großen Schwerpunkte (Werkstätten, Küche, Wäscherei), bei den Angestellten die verschiedenen Berufsbereiche (Pflegerdienst, Medizinisch-technische Assistentinnen, Verwaltung, Krankengymnastik, Sekretariate) berücksichtigt und insbesondere beim Pflegerdienst Mitarbeiter der verschiedenen Bereiche gewinnen können. Wir haben Kandidaten mit langjähriger Personalratserfahrung und neue engagierte Mitarbeiter.

Wir haben bei den Arbeitern die großen Schwerpunkte (Werkstätten, Küche, Wäscherei), bei den Angestellten die verschiedenen Berufsbereiche (Pflegerdienst, Medizinisch-technische Assistentinnen, Verwaltung, Krankengymnastik, Sekretariate) berücksichtigt und insbesondere beim Pflegerdienst Mitarbeiter der verschiedenen Bereiche gewinnen können. Wir haben Kandidaten mit langjähriger Personalratserfahrung und neue engagierte Mitarbeiter.

Wir haben bei den Arbeitern die großen Schwerpunkte (Werkstätten, Küche, Wäscherei), bei den Angestellten die verschiedenen Berufsbereiche (Pflegerdienst, Medizinisch-technische Assistentinnen, Verwaltung, Krankengymnastik, Sekretariate) berücksichtigt und insbesondere beim Pflegerdienst Mitarbeiter der verschiedenen Bereiche gewinnen können. Wir haben Kandidaten mit langjähriger Personalratserfahrung und neue engagierte Mitarbeiter.

Wir haben bei den Arbeitern die großen Schwerpunkte (Werkstätten, Küche, Wäscherei), bei den Angestellten die verschiedenen Berufsbereiche (Pflegerdienst, Medizinisch-technische Assistentinnen, Verwaltung, Krankengymnastik, Sekretariate) berücksichtigt und insbesondere beim Pflegerdienst Mitarbeiter der verschiedenen Bereiche gewinnen können. Wir haben Kandidaten mit langjähriger Personalratserfahrung und neue engagierte Mitarbeiter.

ÖTV**(Gruppe wissenschaftliche Bedienstete)**

Selbstverständlich beanspruchen wir gegenüber unseren Gewerkschaftskollegen, die Arbeiter und Angestellte sind, keine Sonderstellung. Wenn wir uns hier dennoch gesondert vorstellen, dann deshalb, weil wir innerhalb unserer Gruppe von einer anderen Basis ausgehen müssen. Die

Mitwirkung in einer Personal-

vertretung oder gar die gewerkschaftliche Arbeit ist für die angestellten Ärzte keineswegs selbstverständlich. In der Vergangenheit hat diese Haltung zu einer jahrzehntelangen Benachteiligung der angestellten Ärzte in bestimmten Belangen und im Konfliktfall des Einzelnen oft genug zu einer Isolierung geführt.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

Im letzten Personalrat haben wir — die ÖTV — unsere Gruppe allein vertreten und dabei einen wesentlichen Teil der Personalvertretungsarbeit mitgetragen. Daß zu der anstehenden Wahl eine Gegenliste zustande gekommen ist, bewerten wir im Prinzip positiv. Es wäre aber besser gewesen, wenn sich diese Gruppe an einen Berufsverband (z. B. den Marburger Bund) angelehnt hätte, denn nach unseren Erfahrungen bedarf die Personalratsarbeit in vielen Fällen unbedingt einer wirklich unabhängigen = überbetrieblichen Sachberatung. Die anstehenden Probleme sind oft schwierig zu lösen und dabei für Betroffene von so schwerwiegenden Konsequenzen belastet, daß sich keine Gruppe — auch nicht die der angestellten Ärzte — eine amateurhafte Personalvertretung leisten könnte. Wir — die Kandidaten der ÖTV — haben umfangreiche Erfahrungen in den Selbstverwaltungsgremien des Klinikums und zusätzlich den Rückhalt in unserer Organisation, die in Tarif- und Personalfragen auf die größte Erfahrung zurückblicken kann.

teien — gegenüber verpflichtet und können deshalb ihre gesetzlichen Aufgaben und Verpflichtungen frei und unabhängig im Interesse der Mitarbeiter erfüllen. Sie bestreiten die Werbung zur Personalratswahl aus eigenen Mitteln. Im Gegensatz zu Arbeitnehmerorganisationen halten sie an ihren Zielen und Errungenschaften fest.

Wenn sie in den vergangenen Legislaturperioden Vergünstigungen für das Personal durchsetzen konnten — Wechselschichtzulage, Einrichtung von Kindertagesstätte, Kindergrube u. a. —, so ist ihnen das auch Ansporn, diese Vergünstigungen für das Klinikum zu erhalten.

Das Bemühen um eine ideologiefreie Vertretung der Interessen aller Arbeitnehmergruppen ist ihr vorrangiges Ziel.

Sachlicher Einsatz, Konzentration auf die Situation im Frankfurter Klinikum, leistungsgerechtes Entgelt und Transparenz des Entscheidungsprozesses unter Wahrung der gesetzlichen Möglichkeiten stellen ihr zentrales Anliegen dar.

Darum wählt die Kandidaten der unabhängigen Liste 2.

UNI-REPORT
Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt.
Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main. Telefon: (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 04 13 932 unif d.

Druck: Union-Druckerei, 6000 Frankfurt am Main.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Uni-Report erscheint alle 14 Tage am Donnerstag mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Im Fachbereich Religionswissenschaften, Betriebseinheit Evangelische Theologie, ist ab 1. Juni 1976 für zwei Jahre eine halbe Stelle BAT II a eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

zu besetzen.
Diese Stelle ist der Professur für Evangelische Theologie (Altes Testament) zugeordnet. Der Inhaber der Stelle soll im Rahmen des Aufgabengebiets Altes Testament/Sozialgeschichte des Volkes Israels Dienstleistungen in Forschung, Lehre und in der Fachbereichszentralbibliothek erbringen. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ist Gelegenheit zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben.

Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Studium der Evangelischen Theologie (1. Theol. Examen oder Staatsexamen für Sekundarstufe II), Hebräischkenntnisse, ferner Spezialkenntnisse auf einem der folgenden Gebiete: Geographie des Vorderen Orients, vorderasiatische Geschichte oder Archäologie, Altorientalistik.

Bewerbungen sind bis zum 31. Mai 1976 an den Dekan des Fachbereichs Religionswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt a. M., zu richten.

Im Fachbereich 10 — Neuere Philologien (Betriebseinheit Anglistik/Amerikanistik) sind voraussichtlich folgende

TUTORENSTELLEN

zu besetzen:

Akademische Tutoren:

1. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Die amerikanische Revolution“ von Prof. Dr. Adams
2. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Roman und Reportage im Amerika der 1930's“ von Prof. Dr. G. Lenz
3. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Ulysses“ von Prof. Dr. Reichert
4. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Shakespeares mittlere Komödien“ von Prof. Dr. Reichert
5. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Projekt: Literatur der Dritten Welt, Einführung in die englischsprachige Literatur Afrikas“ von Prof. Dr. D. Riemenschneider
6. Ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „English Literature in Transition VI: Edwardians and Georgians“ von Prof. Dr. H. Viebrock

Studentische Tutoren:

1. Ein studentischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Folklore in American Literature“ von Prof. Dr. Ostendorf
2. Ein studentischer Tutor mit 2 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Afro-American Musical Biography“ von Prof. Dr. Ostendorf
3. Ein studentischer Tutor mit 4 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Einführung in die Phonetik und Phonologie des Englischen“ von Prof. Dr. Meinecke

Bewerbungen sind bis zum 20. Mai 1976 an die Geschäftsführung des Englischen Seminars, Kettenhofweg 130, zu richten.

Im Fachbereich Philosophie sind im WS 1976/77 folgende Verträge für

STUDENTISCHE TUTOREN

mit 2 Wochenstunden zu vergeben:

- 1 Tutor für die Vorlesung von Prof. R. Bubner: „Plato“
 - 2 Tutoren für das Proseminar von Prof. H. Schnädelbach: „Theorien über die Aufklärung I“
 - 1 Tutor für die „Übung von Doz. Dr. Lautemann: „Einführung i. d. formale Semantik“ (Carnap: „Meaning and Necessity“)
- Bewerbungen sind bis zum 20. Mai 1976 an den Dekan des Fachbereichs, Dantestraße 4-6, 6000 Frankfurt a. M., zu richten.

Im Fachbereich Humanmedizin ist die in der Abteilung für Psychotherapie und Psychosomatik des Zentrums der Psychiatrie im Funktionsbereich Psychosomatik ab sofort die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN ANGESTELLTEN

(II a/I b BAT), zu besetzen.
Der/Die Bewerber(in) soll sich am Aufbau einer psychosomatischen Ambulanz beteiligen. Längere klinische Erfahrung und psychoanalytische Weiterbildung sind erwünscht. Voraussetzung: Abgeschlossenes Studium der Medizin.

Bewerbungen sind unter Kennwort „Funktionsbereich Psychosomatik“ mit den üblichen Unterlagen erbeten an Abteilung für Psychotherapie und Psychosomatik des Zentrums der Psychiatrie, z. Hd. Herrn Prof. Dr. Overbeck, Heinrich-Hoffmann-Str. 10, 6000 Frankfurt.

Im Geographischen Institut, Betriebseinheit Physische Geographie, Fachbereich Geowissenschaften (17), ist für die Zeit vom 1. Oktober 1976 bis 15. Februar 1977 die Stelle eines

AKADEMISCHEN TUTORS

(4 Wochenstunden) für die Übungen „Karteninterpretation für Fortgeschrittene“ zu besetzen.
Verantwortlicher Hochschullehrer: Prof. Dr. A. Semmel.
Bewerbungen sind umgehend schriftlich zu richten: An den Geschäftsführenden Direktor der Physischen Geographie, Fachbereich 17.
Die Ausschreibung dieser Stelle erfolgt vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsmittelzuteilung.

Im Geographischen Institut, Betriebseinheit Physische Geographie, Fachbereich Geowissenschaften (17), sind für die Zeit vom 1. Oktober 1976 bis 15. Februar 1977

TUTOREN-STELLEN

(je 4 Wochenstunden) zu besetzen:
4 studentische Tutoren für die Übungen „Einführung in die Physische Geographie“. Verantwortlicher Hochschullehrer: Prof. Dr. G. Nagel.
Bewerbungen sind umgehend schriftlich zu richten: An den Geschäftsführenden Direktor der Physischen Geographie, Fachbereich 17.

Die Ausschreibung dieser Stellen erfolgt vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsmittelzuteilung.

Am Institut für Pharmazeutische Chemie ist zum 1. 8. 1976 ein Vertrag für eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT

(92 Std.) mit Abschluß zu vergeben.

Aufgabenbereich: Hilfsarbeiten in Lehre (Praktikum Pharmazeutische Chemie II) und Forschung (Arzneistoffmetabolismus).

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen bis zum 31. Mai 1976 an das Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie zu richten.

Im Fachbereich Geschichtswissenschaften (Historisches Seminar) soll für die Zeit vom 1. Juli 1976 bis 30. September 1976 eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT

(80 Monatsstunden) eingestellt werden.
Aufgaben: Hilfsarbeiten für Lehre und Forschung auf dem Gebiet der mittelalterlichen Geschichte.

Bewerbungen sind bis 20. Mai 1976 zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Historischen Seminars, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt.

Im Fachbereich Geschichtswissenschaften (Historisches Seminar) soll für die Zeit vom 1. Juli 1976 bis 30. September 1976 eine

STUDENTISCHE HILFSKRAFT

(80 Monatsstunden) eingestellt werden.

Aufgaben: Bibliotheksarbeiten.
Bewerbungen sind bis 20. Mai 1976 zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Historischen Seminars, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt.

Im Fachbereich Biologie — Biologie für Mediziner — ist die Stelle einer

TECHNISCHEN ASSISTENTIN

(BAT Vc) ab sofort wieder zu besetzen.
Von der Bewerberin werden erwartet: Mitarbeit bei den Vorbereitungen zum Biologie-Praktikum für Mediziner, insbesondere Anfertigung von histologischen Präparaten für die Licht- und Elektronenmikroskopie, Fotoarbeiten (Diapositive und Vergrößerungen), Projektion in der Biologie-Vorlesung, in geringem Umfang Sekretariatsarbeit und Bereitschaft zu mikrobiologischen Arbeiten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Biologie, Siesmayerstraße 70, 6000 Frankfurt am Main.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften sind zum WS 1976/77 Stellen für

AKADEMISCHE UND STUDENTISCHE TUTOREN

zu besetzen:
Aufgabe eines Tutors ist das Abhalten von studentischen Arbeitsgruppen zu Vorlesungen des Grundstudiums einschließlich der Erprobung neuer didaktischer Modelle im Rahmen der Kleingruppenarbeit. Tutorengruppen werden zu folgenden mit der Zwischenprüfungsordnung in Zusammenhang stehenden Fächern angeboten:

Orientierungsphase für Studienanfänger
Mikrotheorie
Makrotheorie
Volkswirtschaftliches Rechnungswesen
Betriebswirtschaftliches Rechnungswesen
Produktions- und Absatztheorie
Investitions- und Finanzierungstheorie
Handelsbilanzen, Kostenrechnung
Mathematik für Wirtschaftswissenschaftler I
Statistik I und II

Ein studentischer Tutor hält 4 Stunden Lehrtätigkeit pro Woche. Seine Gesamtarbeitszeit wird mit 36 Stunden im Monat veranschlagt.
Die Vergütung beträgt im Monat pro Wochelehrtätigkeit $\frac{1}{8}$ der Vergütung einer wissenschaftlichen Hilfskraft ohne Abschluß (40% von A 13 Eingangsstufe ohne Ortszuschlag).

Ein akademischer Tutor hält in der Regel 4 Gruppen pro Woche ab (entspricht 8 Stunden Lehrtätigkeit). Die Gesamtbelastung wird mit durchschnittlich 72 Stunden im Monat veranschlagt. Die Vergütung beträgt im Monat pro Wochelehrtätigkeit $\frac{1}{8}$ der Vergütung einer wissenschaftlichen Hilfskraft (50% von A 13 Eingangsstufe).

Bewerbungen sind bis spätestens 20. Mai 1976 über das Dekanat des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften an das Tutorenprogramm zu richten.

Im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften ist folgende Tutorenstelle zu besetzen:

STUDENTISCHER TUTOR

Ein studentischer Tutor mit 4 Wochenstunden für das Proseminar „Bevölkerung und Wirtschaft in der amtlichen Statistik“ (Prof. M. Kuchler/Prof. Gunzert).
Bewerbungen sind an den Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften zu richten.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist bei der Professur für Wachstum und Verteilung die Stelle einer

STUDENTISCHEN HILFSKRAFT

für die Zeit vom 1. Oktober 1976 bis 31. März 1977 (mit Verlängerungsmöglichkeit) mit 40 Arbeitsstunden pro Monat zu besetzen.

Das vorgesehene Aufgabengebiet umfaßt den Einsatz in der Verwaltung, bei wissenschaftlichen Dienstleistungen und bei der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen.

Voraussetzung ist der Abschluß der Zwischenprüfung oder ein gleichwertiger Studienfortschritt; Schreibmaschinkenntnisse sind erwünscht.

Bewerbungen werden sofort, spätestens bis 4. Juni 1976, erbeten an: Prof. Dr. F. Abb, Universitätsgebäude, Zimmer 301-303 D.

Im Fachbereich 9 — Institut für Kunstpädagogik — ist für das Wintersemester 1976/77 ein Vertrag zu vergeben für einen

STUDENTISCHEN TUTOR

mit 2 Wochenstunden.
Aufgaben: Mithilfe bei der Einführung der Arbeit mit keramischen Brennöfen, Glasuren und Engoben von Herrn Prof. Wolf Spemann.

Bewerbungen sind bis spätestens 15. Mai an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Kunstpädagogik, Sopianstraße 1-3, 6 Ffm. 90, zu richten.

Im Geographischen Institut, Betriebseinheit Physische Geographie, Fachbereich Geowissenschaften (17), sind für die Zeit vom 1. Oktober 1976 bis 15. Februar 1977 folgende Stellen für

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE

zu besetzen:
2 studentische Hilfskräfte (je 35 Stunden/Monat — Kartensammlung)
1 studentische Hilfskraft (50 Stunden/Monat — stud. Geschäftszimmer)
1 studentische Hilfskraft (70 Stunden/Monat — Labor)
Bewerbungen sind umgehend schriftlich zu richten: An den Geschäftsführenden Direktor der Physischen Geographie, Fachbereich 17.
Die Ausschreibung dieser Stellen erfolgt vorbehaltlich der entsprechenden Haushaltsmittelzuteilung.

Im Fachbereich Psychologie (Institut für Psychoanalyse) sind Stellen für

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE

zu besetzen:
1. Eine wissenschaftliche Hilfskraft mit Abschluß für die Zeit vom 1. September bis 31. Oktober 1976 (46 Stunden pro Monat) für das Aufgabengebiet: Mitarbeit in Lehre und Forschung, insbesondere in einem Projekt über Gruppenprozesse (Prof. Kutter). Kenntnisse in Psychoanalyse und/oder Gruppendynamik Voraussetzung
2. Eine wissenschaftliche Hilfskraft ohne Abschluß mit 40 Stunden pro Monat ab 1. September 1976 für die Aufnahme und Auswertung psychologischer Testbatterien. Erfahrungen in Testadministration Voraussetzung (Prof. Werthmann)
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychoanalyse, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt am Main.

Im Fachbereich Psychologie (Institut für Psychoanalyse) sind im WS 1976/77 folgende

TUTORENSTELLEN

zu besetzen:
1. Zwei studentische Tutoren mit 4 Wochenstunden für die Übung „Literatur über Ich-Psychologie“ (Prof. Kutter)
2. Ein studentischer Tutor mit 4 Wochenstunden für das Seminar „Entwicklungspsychologie II (auf psychoanalytischer Grundlage)“ (Prof. Werthmann)
3. Ein studentischer Tutor mit 4 Wochenstunden für das Seminar „Traum-Psychologie“ (Prof. Werthmann)
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 20. Mai 1976 erbeten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychoanalyse, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt am Main.

Im Institut für öffentliche Wirtschaft, Geld und Währung des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften — Lehrstuhl Prof. Dreißig — ist ab sofort die Stelle einer

SEKRETÄRIN (BAT VI b)

zu besetzen.
Die Bewerberin sollte über perfekte Fertigkeiten im Schreiben von wissenschaftlichen Texten, in der Führung von Akten und über gute englische Sprachkenntnisse verfügen.
Bewerbungen mit Unterlagen werden an den Lehrstuhl (Mertonstraße 17, Zimmer 410 C) erbeten.

Stellengesuche

Erfahrene
SEKRETÄRIN/SACHBEARBEITERIN,
langjährig im öffentlichen Dienst, fließend Englisch in Wort und Schrift, sucht neuen Wirkungskreis (ganztags).
Das Aufgabengebiet sollte nach Möglichkeit auch Studentenbetreuung und Auslandskorrespondenz umfassen.
Vergütung BAT VII oder VI — wichtigstes Moment jedoch: menschliche Atmosphäre.
Zuschriften erbeten an Frau E. Geyer, Denhardtstraße 65, 6000 Frankfurt am Main.

Bedenken gegen stereotaktische Operation

Schwerwiegende Bedenken gegen stereotaktische Hirnoperationen bei Menschen mit abweichendem Sexualverhalten äußern in einer gemeinsamen Stellungnahme die beiden Sexualwissenschaftlichen Universitätsabteilungen Frankfurt (Prof. Dr. Volkmar Sigusch) und Hamburg (Prof. Dr. Eberhard Schorsch) sowie die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung. Nach Ansicht der Kritiker solcher Operationen, die in der Bundesrepublik von drei Arbeitsgruppen in Göttingen, Hamburg und Homburg vorgenommen werden, ist der heutige wissenschaftliche Erkenntnisstand noch zu unvollkommen, um stereotaktische Hirneingriffe zu rechtfertigen. Zusammenfassend stellen die Autoren fest:

(1) Die theoretischen Grundlagen, aus denen die Berechtigung zur Durchführung stereotaktischer Hirnoperationen bei Menschen mit abweichendem Sexualverhalten abgeleitet werden, sind fragwürdig und gehen aus von einem biologisch verkürzten und damit falschen Bild von der Sexualität des Menschen.

(2) Die Indikation wird unter Verwendung äußerst fragwürdiger wissenschaftlicher und klinischer Kategorien und Annahmen und praktisch unter Ausschluß psycho- und soziotherapeutischer Gesichtspunkte gestellt.

(3) Die Untersuchungen zum Operationsergebnis genügen in keiner Weise den Ansprüchen, die allgemein an Therapieforschung gestellt werden.

(4) Art und Ausmaß unerwünschter Wirkungen der Operation sind ungenügend untersucht worden und daher nicht bekannt.

Diese stereotaktischen Hirneingriffe stellen keinesfalls eine bedenkenlos anwendbare Therapiemethode dar. Sie sind in ihren erwarteten und unerwünschten Auswirkungen

wissenschaftlich unzureichend erforscht. Ihr Indikationsbereich ist ungeklärt.

Sie halten es für notwendig, daß stereotaktische Hirnoperationen bei Menschen mit abweichendem Sexualverhalten so lange eingestellt werden, wie der therapeutische Wert dieser Maßnahme derartig unklar ist.

Sie schlagen vor, daß eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe von Wissenschaftlern innerhalb der nächsten zwei Jahre die bisher operierten Patienten systematisch nachuntersucht (so gut dies bei dem Mangel an Voruntersuchungen überhaupt noch möglich ist). Die Gruppe sollte bestehen aus Psychiatern, Psychoanalytikern, Sexualwissenschaftlern und Verhaltenstherapeuten universitärer Einrichtungen. Diese Wissenschaftler sollten nicht zu den Arbeitsteams gehören, die die Indikation gestellt und die Operation

durchgeführt haben. Erst nach einer solchen Untersuchung kann entschieden werden, ob, unter welchen Bedingungen und nach welchen Indikationskriterien stereotaktische Operationen durchgeführt werden können.

Zuschuß für Betriebsausflüge

Dem Personalrat stehen im Kalenderjahr 1976 beschränkt Mittel zur Förderung der Betriebsgemeinschaft zur Verfügung. Der Personalrat hat beschlossen, diese Mittel für die von ihm vertretenen Personalgruppen als Zuschuß für Betriebsausflüge zu verwenden. Nach der Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel können 3 DM pro Person gewährt werden. Entsprechende Anträge wollen Sie bitte schriftlich bis einschließlich 15. September d. J. bei der Geschäftsstelle des Personalrats stellen.

J.F. von Reckow †

Am 26. März 1976 starb in Frankfurt Prof. Dr. med. dent. Joachim Friedrich von Reckow, emeritierter ordentlicher Professor für Zahnheilkunde und von 1947 bis 1969 Direktor des Zahnärztlichen Universitäts-Institutes der Freiherr Carl von Rothschild'schen Stiftung „Carolinum“.

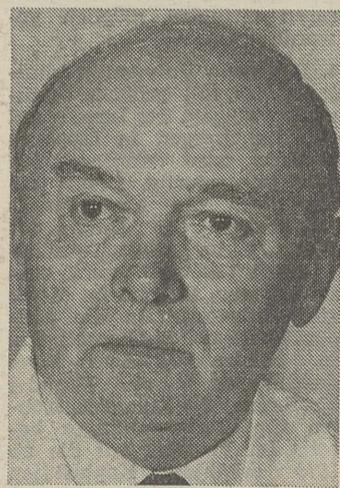
Von Reckow, am 3. Juni 1898 in Marburg geboren, studierte ab 1919 in Marburg Zahnheil-

eng begrenztem finanziellem Spielraum oblag es von Reckow, den Wiederaufbau des unter der Trägerschaft der Stiftung „Carolinum“ stehenden Zahnärztlichen Institutes zu betreiben. Er hat hier entscheidende Akzente setzen können, die es in der weiteren Entwicklung möglich machten, sowohl die Planung des unter seiner Amtsführung begonnenen Neubauprojektes der Zahnklinik, als auch eine temporäre Erweiterung des „Carolinum“ durch den Vorstand der Stiftung als Vorbereitung für diesen Neubau verwirklichen zu können.

Von Reckow gehört noch der Generation zahnärztlicher Lehrer und Forscher an, die die einzelnen Disziplinen der Zahnheilkunde übergreifend, wissenschaftlich tätig waren. Seine Publikationen erfassen Probleme der Pathologie der Zähne und der Kiefer, der zahnärztlichen Chirurgie, der Zahnerhaltungskunde und der zahnärztlichen Röntgenologie; er bearbeitete, seinerzeit weit voraus, auch bereits Fragen der zahnärztlichen Ergonomie.

Für seine Verdienste um die Einführung der Handforminstrumente wurde er mit der Herig-Medaille ausgezeichnet. Zahlreiche Ehrungen und Anerkennungen wurden ihm zu teil: Er war Ehrenmitglied der Piemontesischen Gesellschaft für Stomatologie, die Federation Dentaire International hat ihn 1957 zum Ehrenvizepräsidenten einer Sektion anlässlich des XII. FDI-Kongresses in Rom ernannt, er war Mitglied des Beirates der Deutschen Zahnärztlichen Zeitschrift und versah in der zahnärztlichen Berufsorganisation das Amt des Fortbildungsreferenten in Hessen.

Die Frankfurter Medizinische Fakultät wählte ihn zum Dekan für das Jahr 1955/56, die Vereinigung der Hochschul-Lehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde für das Jahr 1957/58 zu ihrem 2. Vorsitzenden. Von Reckow war Ehrenmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Röntgenologie in der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde. **Dieter Windecker**



kunde. 1923 erlangte er die Approbation und promovierte im gleichen Jahr. Nach Tätigkeit in einer zahnärztlichen Praxis in Stuttgart, kehrte er 1925 an die Universitäts-Zahnklinik Marburg zurück. 1931 erfolgte die Habilitation unter seinem Lehrer Hans Seidel. 1938 erfolgte die Ernennung zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor. 1940 wechselte er in gleicher Eigenschaft an die Universitäts-Zahnklinik in Heidelberg, 1941 nahm er den Ruf auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Zahnheilkunde in Straßburg an.

Nach Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft und Tätigkeit in der zahnärztlichen Praxis erfolgte 1947 die Berufung auf das Extraordinariat für Zahnheilkunde der Frankfurter Universität, das 1952 in ein Ordinariat umgewandelt wurde. Unter schwierigen räumlichen Voraussetzungen und

Personalien

Rechtswissenschaft

Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz wurde der italienische Professor Dr. Emilio Bussi in Rom von dem deutschen Botschafter ausgezeichnet. E. Bussi hat in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Juristischen Fakultät das deutsch-italienische Seminar für mittelalterliche Rechtsgeschichte begründet und über einen Zeitraum von zwölf Jahren persönlich geleitet.

Wirtschaftswissenschaften

Dr. Winfried Mellwig ist zum H 4-Professor ernannt worden. Sein Fach ist „Betriebswirtschaftslehre, insbesondere betriebswirtschaftliche Steuerlehre“. Prof. Mellwig war Dozent an der Universität Münster.

Prof. Dr. H. G. Kosta hat für das Sommersemester 1976 einen zweistündigen Lehrauftrag „Einführung in die marxistische politische Ökonomie“ übernommen.

Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Eike Haberland nahm als deutscher Repräsentant vom 5. bis 16. 4. 1976 an der UNESCO-Konferenz in Paris über den „demokratischen Zugang zur Kultur für die Allgemeinheit“ teil.

Prof. Dr. Eike Haberland nahm auf Einladung der Stiftung SCOA vom 15. bis 22. 2. 1976 in Bamako am Symposium „Traditions orales et l'Histoire du Haut Niger“ teil.

Neuere Philologien

Dr. Peter Widlocher hat am 10. und 12. März an der Universität Lille und an der dortigen „Ecole Des Hautes Etudes Commerciales“ zwei Gastvorträge gehalten über „La Réforme de l'Entreprise; la cogestion en RFA et le rapport Sudreau“.

Dr. Widlocher ist von der Universität Amiens zu einem Gastvortrag eingeladen worden über „Les Mass-Média en RFA“.

Biochemie und Pharmazie

Prof. Dr. Herbert Oelschläger und Dr. David J. Temple vom Institut für Pharmazeutische Chemie nahmen vom 5.-9. 4. 1976 am International Symposium on Drug Metabolism in Guildford/U.K. teil und hielten Vorträge über „The Mechanism of the Oxidative

Cleavage of Morpholine from the Local Anaesthetic Fomocaine“ und „Problems of the Forensic Detection of Dextromoramide or its Metabolites“.

Humanmedizin

Dr. Rolf Kinne ist die akademische Bezeichnung Honorarprofessor verliehen worden.

Prof. Dr. Prakash Chandra ist zum Ehrenmitglied der Kroatischen Chemischen Gesellschaft gewählt worden.

Gremien

Prof. Dr. Wilhelm Schumm hat sein Konventsmandat niedergelegt. Für ihn rückt in der Gruppe Professoren — Liste 2, Demokratische Hochschulreform — Prof. Dr. Hubert Ivo nach. Da Prof. Ivo zu einem Forschungssemester beurlaubt ist, wird bis zum 30. September 1976 Prof. Dr. Richard Meier das Mandat wahrnehmen.

Für den gestorbenen Prof. Dr. Richard Freyh rückt in der Gruppe Professoren — Liste Liberale Hochschulreform — Prof. Dr. Manfred Wilk in den Konvent nach.

Annette Heumann hat ihren Austritt aus dem Konvent erklärt. Für sie rückt in der Gruppe Studenten — Liste 4, Kritische Union/RCDS — Arnulf Simon nach.

Prof. Dr. Werner Becker ist für die Zeit vom 1. 4.-30. 9. 1976 beurlaubt. Für ihn rückt für diese Zeit in der Gruppe Professoren — Liste 3, ratio 73 — Prof. Dr. Fritz Abb in den Konvent nach.

Wolfgang Sedlak ist im SS 1976 beurlaubt. Für die Zeit seiner Beurlaubung rückt Monika Rodrian (Gruppe Studenten, Liste 4, Kritische Union/RCDS) in den Konvent nach.

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat das Forschungsprojekt „Weiterentwicklung und Anwendung eines symmetrischen Vierkristall-Compton-Polarimeters zur Messung der Linearpolarisation von Gamma-Strahlung“ von Prof. R. Bass und Prof. K. Stelzer in ihr Förderungsprogramm für das Jahr 1976 aufgenommen und das Vorhaben mit Personal- und Sachmitteln unterstützt.

Prof. Schoop wird 75

Am 7. Mai 1976 vollendet Prof. Dr. Dr. h. c. Gerhard Schoop, emeritierter Ordinarius für Zoonosenforschung

am Fachbereich Humanmedizin der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt, sein 75. Lebensjahr. Prof. Schoop wurde 1955 berufen und war bis zu seiner Emeritierung 1969 Direktor des Instituts für Zoonosenforschung.

Seine wissenschaftlichen Arbeiten befaßten sich überwiegend mit Krankheiten, die von Tieren auf Menschen (Zoonosen) übertragbar sind.

Unter Prof. Schoop wurden seit 1955 80 Doktorarbeiten angefertigt. Fünf seiner Mitarbeiter führte er zur Habilitation. Seine Tätigkeit fand Anerkennung im In- und Ausland durch die Wahl in acht deutsche und internationale Fachgremien und 1969 durch die Verleihung des Dr. med. vet. h. c. des Fachbereiches Veterinärmedizin der Universität Gießen.



Fotos: Bopp

Arbeiterkinder weiterhin unterrepräsentiert

Jugendliche aus Arbeiterfamilien sind sozial noch immer stark benachteiligt. Zu diesem Ergebnis ist eine Studie des Studentenwerks Göttingen gekommen, die am 31. März veröffentlicht worden ist. Von den 12 200 der rund 22 000 Göttinger Studenten, die sich an der Umfrage beteiligten, haben nur 8,3 Prozent einen Facharbeiter oder Arbeiter zum Vater. 2,9 Prozent der Väter sind ungelernete, angelernte oder landwirtschaftliche Arbeiter. Damit beträgt der Anteil der Arbeiterkinder an der Studentenschaft in Göttingen gegenwärtig insgesamt 11,2 Prozent.

Der Leiter des Göttinger Studentenwerks, Günter Koch, meinte, dieses Umfrageergebnis könne auch für andere Hochschulen als repräsentativ gelten. „Es dürfte offensichtlich sein, daß sich im Vergleich zur übrigen Gesellschaft an der Hochschule eine fast völlige Umkehrung der Sozialstruktur zeigt, an der auch die bisherigen Förderungsmaßnahmen nichts zu ändern vermochten“, betonte Koch. Der Anteil der Studierenden, deren Väter leitende Angestellte, höhere Beamte oder Selbständige sind, beträgt der Umfrage zufolge 51,1 Prozent.

Rektoren in Paris

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hatte während der Semesterferien einen mehrwöchigen Arbeitsaufenthalt in Paris für 18 Rektoren, Prorektoren und Kanzler wissenschaftlicher Hochschulen aus der Bundesrepublik arrangiert. Auch der Präsident der Universität Frankfurt, Prof. Dr. Hans Jürgen Krupp, nahm an diesem Treffen teil.

Präsidenten französischer Universitäten und Direktoren der Grandes Ecoles sowie leitende Beamte aus dem Secrétariat d'Etat aux Universités und dem Ministère de l'Education referierten bei zahlreichen Begegnungen und Besichtigungen über die derzeitigen Probleme ihres Aufgabensbereiches. Insbesondere wurden dabei die Reformen des Hauptstudiums (2. Studienzyklus) erörtert, deren Aktualität durch Demonstrationen der Studenten und die Diskussion in der Presse augenscheinlich war. Die Vorträge mit anschließenden Aussprachen und zwanglose Empfänge boten auch Gelegenheit, vergleichbare Probleme und unterschiedliche Lösungsversuche gegenüberzustellen. Die Zuordnung von Forschung und Lehre, das Verhältnis der Universitäten zur staatlichen Administration, die Regelung von Aufnahmekapazitäten und Ausleseverfahren sowie die Veränderung des Arbeits-

marktes in beiden Ländern rückten immer wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Das Bild der herausragenden Stellung der Universitäten in Paris wurde durch einen Wochenendbesuch der neuen Universität in Amiens ergänzt. Individuelle Kontakte mit Kollegen und Forschungsinstituten dienten weiterhin dem fachlichen Gedankenaustausch.

Sowohl ein offizieller Empfang beim deutschen Botschafter im Palais Beauharnais als auch eine weitere Begegnung mit ihm und den leitenden Beamten seines Hauses in den Räumen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes boten Gelegenheit, Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen konkret zu besprechen.

In einer Abschlusssitzung waren die Teilnehmer mit der Organisation und Durchführung der Tagung übereinstimmend einverstanden und empfahlen dem Deutschen Akademischen Austauschdienst nachdrücklich, diese und ähnliche Formen seiner Arbeit fortzusetzen.

Deutsche Forschungsgemeinschaft

— Startfinanzierung für „kleine“ Forschungsunternehmen —

Für kleinere wissenschaftliche Untersuchungen, deren Mittel für die Durchführung 6000 Mark nicht übersteigen, hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein schnelles und flexibles Verfahren zur Begutachtung und Förderung entwickelt. Nach den bisherigen Bedingungen für die Gewährung von Sachbeihilfen sind ein genauer Arbeitsplan und eine ebenso genaue Kostenaufstellung ausführlich darzulegen. Hierbei werden an den Antrag und seine Begründung hohe Anforderungen gestellt.

Ziel der sogenannten „Kleinförderung“ soll es sein, qualifizierte Forschung mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln auch weiterhin in den Hochschulen und Forschungsinstituten zu ermöglichen. Die „Kleinförderung“ soll einen

vereinfachten Antrag ermöglichen, mit einem kurzen Arbeitsplan und mit Kostenschätzung. Die Hauptgrundlage der Begutachtung, für die die Stellungnahme zweier Fachgutachter genügt, sollen veröffentlichte Arbeiten des Antragstellers sein. Diese Arbeiten müssen nicht das für die Förderung vorgeschlagene Thema betreffen.

Der Übergang zu Neuem, dessen Beurteilung bei der Begutachtung immer Schwierigkeiten macht, soll hier erleichtert werden. Die Begutachtung auf der Grundlage der Erfolgskontrolle durch Beurteilung des Erreichten statt durch Beurteilung des Geplanten wird streng sein und nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. Die neue Regelung ist zunächst für ein Jahr vorgesehen und soll einen Betrag von 3 Millionen DM pro Jahr nicht überschreiten. Das „Kleinförderungs“-Verfahren soll helfen, daß neue Forschungen an den Hochschulen trotz der starken Mittelverknappungen schnell und wirk-

sam eine Startfinanzierung erhalten. Es wird damit gerechnet, daß es vor allem von jungen Wissenschaftlern in Anspruch genommen wird.

DAAD

Stipendien für deutsche Nachwuchswissenschaftler in Griechenland

Die griechische Regierung bietet in Zusammenarbeit mit dem DAAD erstmals für den Herbst 1976 fünf zwei- bis dreimonatige Stipendien für einen Forschungsaufenthalt deutscher Nachwuchswissenschaftler aller Fachrichtungen in Griechenland an.

Einzelzeiten und Bewerbungsformulare bei der Auslandsstelle der Universität Frankfurt, Hauptgebäude, Zimmer 12 C.

Bewerbungen bis zum 15. Mai 1976 direkt beim Deutschen Akademischen Austauschdienst, Kennedyallee 50, 5300 Bonn-Bad Godesberg.

Stipendien für Bulgarien

Die Regierung der Volksrepublik Bulgarien hat über die UNESCO Stipendien für das akademische Jahr 1976/77 angeboten, um die sich jüngere Hochschulabsolventen aus der Bundesrepublik Deutschland bewerben können:

Es handelt sich um Stipendien für das Studium der bulgarischen Sprache, Literatur, Geschichte und Kunst.

Die Laufzeit des Stipendiums beträgt sechs Monate. Die Bewerber sollen ein abgeschlossenes Studium sowie gute Kenntnisse in der bulgarischen, französischen, englischen, russischen oder deutschen Sprache nachweisen können.

Bewerbungsformulare sowie nähere Informationen über das Stipendienangebot sind erhältlich beim Deutschen Akademischen Austauschdienst, Programmereich P II — 314, Kennedyallee 50, 5300 Bonn-Bad Godesberg.

Interessenten werden gebeten, sich umgehend zu bewerben, da die Bewerbungsunterlagen bis spätestens 10. 5. 1976 im DAAD vorliegen müssen.

Sonderkonto für USA-Veranstaltungen

Im Zusammenhang mit der 200-Jahr-Feier der Vereinigten Staaten von Amerika macht die Westdeutsche Rektorenkonferenz auf ein Sonderkonto aufmerksam, das beim Goethe-Institut in München eingerichtet worden ist. Aus dem Sonderkonto, das unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht und durch Spenden vor allem aus der freien Wirtschaft aufgefüllt werden soll, sollen Flugscheine für deutsche Wissenschaftler und Künstler bezahlt werden, die zur Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen der 200-Jahr-Feier in die USA eingeladen werden und die dafür kein Honorar erwarten.

Interessenten werden gebeten, sich unter Beifügung der Einladung zur Teilnahme an einer wissenschaftlichen Veranstaltung im Zusammenhang mit der 200-Jahr-Feier der USA an das Goethe-Institut, Lenbachplatz 3, 8000 München 2, zu wenden und dort um Vormerkung für einen Flugschein nach den USA und zurück zu bitten.

Zusätzliche Medizinplätze

Der Hessische Kultusminister Hans Krollmann hat eine Rechtsverordnung unterzeichnet, nach der die Zulassungszahlen für die Aufnahme von Medizinstudenten an den Universitäten Gießen und Marburg erheblich heraufgesetzt wurden: Während bisher an

beiden Universitäten eine Aufnahmekapazität von jeweils 120 Medizin-Studienanfängern pro Semester galt, so wurden für das Sommersemester 1976 in Gießen 152 und in Marburg 184 Erstsemester zugelassen. Die Änderung tritt rückwirkend zum 1. April,

dem Beginn des Sommersemesters 1976 in Kraft. Bereits Ende März hat das Kultusministerium der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund die zusätzlichen verfügbaren Plätze gemeldet. Sie sind inzwischen an Studienbewerber vergeben worden, die zunächst einen Ablehnungsbescheid erhalten hatten.

Die Erhöhung in Gießen und Marburg ist nach Mitteilung des Kultusministers aus mehreren Gründen möglich geworden:

1. Das neue Universitätsklinikum, das mit großem finanziellen Einsatz des Landes auf den Lahnbergen in Marburg entsteht, wird voraussichtlich 1979 bezugsfertig. Damit erhöht sich die Ausbildungsmöglichkeit der Universität Marburg im klinisch-praktischen Studienteil, dem entscheidenden Engpaß im Medizinstudiengang. Da die Studenten diesen Studienteil erst in höheren Fachsemestern durchlaufen, hat Minister Krollmann die Zulassungszahlen für Studienanfänger bereits im Vorgriff auf die ab 1979 erhöhten Kapazitäten vergrößert.

2. Das Kultusministerium befindet sich seit geraumer Zeit in Verhandlungen mit Trägern von Krankenhäusern, die geeignet sind, neben den Universitätskliniken in die Ausbildung von Medizinstudenten einbezogen zu werden. Im vergangenen Monat ist es gelungen, über den erreichten Sachstand hinaus weitere Studienplätze an „Lehrkrankenhäusern“ bereitzustellen.

3. Die neue „Kapazitätsverordnung“, die am 1. Januar 1976 von allen Bundesländern gemeinsam in Kraft gesetzt wurde, legt Grundsätze zur Bestimmung der Ausbildungskapazitäten der Hochschulen einheitlich im gesamten Bundesgebiet fest. Diese Verordnung, die erst ab Wintersemester 1976/77 gilt, hat das hessische Kultusministerium schon vorab für das Sommersemester 1976 zur Grundlage seiner Zulassungsregelung gemacht.

Fachtagung Umweltschutz

Der Bund demokratischer Wissenschaftler veranstaltet am 11. und 12. Juni in Hamburg eine Tagung zum Thema „Umwelt und industrielle Entwicklung — Die Aufgaben der Wissenschaftler bei der Schaffung und Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt“.

Hier sollen die gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen einer rationalen und humanen Umwelt und die Möglichkeiten eines Engagements von Wissenschaftlern geprüft sowie bisherige Erfahrungen ausgetauscht werden. Folgendes Programm ist vorgesehen:

In einer Podiumsdiskussion am 11. Juni sollen vor allem Probleme des Baus von Kernkraftwerken erörtert werden. Am 12. Juni tagen das Plenum und vier Arbeitsgruppen mit folgender Themenstellung:

I. Energiepolitik und technologische Entwicklung, unter besonderer Berücksichtigung des Kernkraftwerkbau.

II. Die Konkurrenz von Produktion und Reproduktion am Beispiel Raumplanung, Stadtplanung, Denkmalschutz, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Gesundheitsvorsorge.

III. Gesellschaftliche Voraussetzungen der Konkurrenz von Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit. Möglichkeiten ihrer Überwindung.

IV. Rechtliche Fragen der Bürgerbeteiligung und der Teilnahme von Wissenschaftlern an Planungsprozessen.

Alle Wissenschaftler, die sich an unserer Diskussion beteiligen wollen, sind eingeladen. Sie können von der Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler, Postfach 1162, 3550 Marburg, weitere Informationen erhalten.

Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie

Ziel des Vereins ist die Förderung neuer Konzepte für die vorsorgende und nachsorgende Behandlung psychisch Kranker. In dem Verein arbeiten Fachärzte, Psychologen, therapeutisches Personal und interessierte Laien aller Berufsgruppen zusammen. Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 1976 sind:

- Kulturelle Veranstaltungen und Theaterkreis im Zentrum der Psychiatrie
- Laienberatermodell (Einrichtung einer weiteren Gruppe)
- Wohngemeinschaften
- Außerklinische Clubeinrichtungen, gemeinsam mit der „Zuflucht Frankfurt“ und dem „Sozialwerk Main-Taunus“
- Bewegungstherapie (z. B. Tanz, Reiten)
- Individuelle Hilfen durch Mitglieder (Arbeitsplatzsuche, Schreibearbeiten, Behörden, Telefondienst, Notdienst)
- Informationsdienst für psychisch Kranke in Frankfurt über alle Veranstaltungen, Freizeitinitiativen (besonders an Wochenenden), Reise- und Feriendienste der sozialpsychiatrischen Dienste und Einrichtungen in Frankfurt („Institutionen“ und freie Initiativen)
- Einsatz der Zivildienstleistenden auf geschlossenen Stationen (Mobile Bibliothek und Diskothek)

Wer daran interessiert ist, aktiv im Verein mitzuarbeiten oder ihn finanziell zu unterstützen, kann sich schriftlich oder telefonisch wenden an: Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V., Heinrich-Hoffmann-Straße 10, 6000 Frankfurt/M. 71, Tel. 63 01 52 42 oder 63 01 51 36.